

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Freitag
der
Molkereihandlung
Göttingen, Zürich.
Postsendungen
franko gegen franko
Gemeinnützige Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Donnerstag, 11. Dezember

Abonnement's

werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wertscheidepreis von:
Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3 — für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Mitteleuropas (Kreuzband).

Inserate
die vergüteten Preiskurse
25 Cts. — 20 Pfg.

1884.

N. 50.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begnügt sich der Verlag mit dem Bestehen der Verbindungen nach seinen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an und von dort zum „Sozialdemokrat“ im Postverkehr nachweislich und unter freier Verantwortlichkeit der Expeditionen nach dort abzulassen, die Reichsmänner aber den wahren Absichten und Empfindungen, sowie den Interessen der Verbände zu tun, und letztere dadurch zu schätzen. Ganz besonders ist hierzu einzurufen, daß unsere Freunde so leiten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverbottene Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sie dann mit uns in Verbindung setzen; andererseits aber, daß auch und möglichst unverzüglich Zusendungsadressen mitgeteilt werden. In postlichen Fällen empfiehlt sich dementsprechend die Reformadresse. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Aus Bebel's Rede über den Reichsetat.

Bei dem Aufsehen, welches die von unserem Genossen Bebel in der Reichstags-Sitzung vom 28. November gehaltenen ausführliche Rede über den Reichsetat allerorts und mit Recht gemacht hat, halten wir uns für verpflichtet, ausführlicher auf sie zurückzukommen.

Bebel hat sich bei allem Eingehen in die Details nicht darauf beschränkt, an einzelnen Punkten des Reichsbudgets herumzumäkeln, seine Rede war in bester Sinne des Wortes eine Rede im großen Stil; er verwarf über der Kritik der speziellen Einnahmen und Ausgabenposten nicht die großen politischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte, und über diesen nicht das herrschende wirtschaftliche System überhaupt. Er beugnete sich nicht, die Auswüchse zu zeigen, sondern wies, so oft sich Gelegenheit dazu bot, auf den Kern des Übels hin; was Herr Eugen Richter und seine Freunde befanntlich geflissentlich vermeiden. Die Ueberlegenheit unserer Sache über die unserer Gegner kam in dieser Rede voll und ganz zum Ausdruck.

Gleich im Anfang heißt es gegenüber der Behauptung von Eugen Richter, daß der vorliegende Reichshaushaltsetat den Zusammenbruch der seit 1878 eingetragenen Finanzwirtschaft bedeute, treffend:

„Meine Herren, soviel an der Kritik des Abgeordneten Richter über den Reichshaushaltsetat richtig war, in diesem Punkt ist die Kritik nicht richtig. Die Finanzwirtschaft von 1878 ist durch die jetzt gemachten Erfahrungen in keiner Weise zusammengebrochen, weil es doch gar keinem Zweifel unterliegen kann, daß durch diese Finanzwirtschaft bedeutende Einnahmen, die vom Standpunkt des herrschenden Systems nützlich waren, geschaffen worden sind, und die für das Reichsbudget verwendet wurden, selbst den Ansichten der Herren von der Linken entsprechend werden, wie einfach daraus zu konstatieren ist, daß, wenn sie auch an den Posten im Einzelnen Kritik übten, sie im Ganzen doch das Budget gutgeheißen haben.“

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
Ich muß also im Gegensatz zum Herrn Abgeordneten Richter sprechen, daß, wenn etwas hier als Zusammenbruch konstatiert werden kann, dies vielmehr der Zusammenbruch des ganzen gegenwärtigen Staats- und bürgerlichen Wirtschaftssystems ist, der in diesem Finanzbudget zum Ausdruck kommt. Mit anderen Worten: da unser Reichshaushaltsetat auf Grund der Natur seiner Einnahmen das prototypische Abbild des Sozialzustandes ist, der in der bürgerlichen Gesellschaft des deutschen Reichs existiert, so ist, wenn Fehler und Mängel, wie die jugendlichen, von allen Seiten im Budget zu Tage treten, darauf zu schließen, daß auch große und tiefe Schäden innerhalb der Organisation des Zustandes der Gesellschaft vorhanden sein müssen, die diese in Form von Zahlen zum Ausdruck gebracht werden erkennen lassen.“

Und nun folgt in ausführlicher Darstellung der Beweis für diese Behauptung. Dann eine schneidige Kritik der Steuerpolitik, insbesondere des Systems der indirekten Steuern, die in den Sägen gipfelt:

„Ich sage, daß die Herren von der Rechten diesen meinen Ausführungen tiefstehend gegenüberstehen. Meine Herren, ich führe eine Autorität gegen Sie an, die Sie selbst am wenigsten bestreiten werden: es ist das niemand anders als der Herr Reichskanzler selbst, der Herr Reichskanzler, der in seiner berühmten Rede vom 22. November 1875 hier in diesem Hause seine „Steuerideale“ entwickelte — das Wort hat er wörtlich gebraucht. Was ist in dieser Rede enthalten? Da hat der Herr Reichskanzler ausgeführt, daß eigentlich die bequemste Art, große Steuersummen aufzutreiben — wohlgerneht, nicht die beste, aber die bequemste Art, weil sie der großen Masse am unmerklichsten abgenommen werden könne — das indirekte Steuersystem sei. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er eigentlich gegen alle direkten Steuern sei, daß er eine Einkommensteuer nur als eine Art Anstandssteuer wolle, das heißt also doch, als eine Steuer, die nur als Dekoration gebraucht wird, die scheinbar wohl da ist, in Wahrheit aber nichts abwirft. Das heißt mit anderen Worten doch: Schonung der großen Vermögen; denn anders kann dieser Ausdruck nicht aufgefaßt werden. Meine Herren, was hat der Herr Reichskanzler aber als die wesentlichsten Gegenstände betrachtet, von denen hauptsächlich die Einnahmen erzielt werden mußten?“

Da heißt es:
Als Gegenstände der Verzollung und Besteuerung im Inlande sehe ich Bier, Tabak, Kaffee, Zucker, Branntwein und Petroleum an. Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuert, so sehr ich auch jedem Raucher das Vergnügen gönne.
Analog steht es mit dem Bier und dem Branntwein, dem Zucker und Petroleum, allen diesen großen Verzehrungsgegenständen, bei denen, wie bei den Luxusgegenständen der großen Masse, Bier, Branntwein, Tabak, Kaffee, Zucker — Luxusgegenstände der großen Masse! Meine Herren, das Wort muß angenehm sein werden, soweit die deutsche Zunge klingt.
(Beifall links.)

„Bis jetzt haben Sie mit all Ihren Steuer- und Sozialreform dem armen Mann auch nicht ein Stück Brot in die Tasche gebracht, als Sie haben ihm viele Stücke Brot herausgenommen.“
(Sehr wahr! Lebhafter Beifall links.)
Und an anderer Stelle:
„Rein, meine Herren, wenn Sie das wollen (nämlich für die sogenannten „Kultur Ausgaben“ Deckung schaffen), so passen Sie das Ding gründlich an, dann sorgen Sie zunächst für andere Einnahmen...“

„Weiter ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß es insbesondere in Preußen eine große Anzahl von Familien gibt, die auf Grund sogenannter Verträge, die auf Grund sogenannter althistorischer Rechte abgeschlossen sind, die reichsunmittelbaren Familien, die ebenfalls nichts zu den Staatslasten beitragen, deren Vermögen durchschnittlich genommen ein fürstliches ist, die, wenn sie zu einer gehörigen progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer herangezogen würden, dem Staate allein Millionen von Steuern zu geben im Stande wären.“

Wenn man einem Arbeiter sagt, daß derartige Zustände existieren, so sagt er im ersten Augenblick: das ist ganz menschenunmöglich! — und wenn man es ihm dennoch bestätigt, entringt sich ein Schrei der Entrüstung der bedrückten Brust — mit vollem Recht! Da fragen Sie endlich einmal, daß in dieser Beziehung die einfachsten Grundzüge der Gerechtigkeit zur Anwendung kommen; sorgen Sie, daß die Privillisten und Vermögen regierender Fürsten, daß die Apanagen von Prinzen und Prinzessinnen zur Steuererhebung herangezogen werden. Sorgen Sie ferner dafür, daß dort, wo in Folge der heutigen Produktionsweise die großen Vermögen zu Hunderttausenden und Millionen in einzelnen Händen sich anhäufen, wo der Konsum der einzelnen Familien, mag er noch so reichmüßig ausfallen, in gar keinem Verhältnis zu ihren großen Einnahmen steht, wo von Jahr zu Jahr große Kapitalien sich anhäufen, die wieder in der Industrie und Landwirtschaft Verwendung finden und immer wieder aufs neue auf die Erwerbsverhältnisse der niederen Klassen drücken, sorgen Sie, daß für alle diese Klassen einmal die direkten Steuersysteme von Grund aus reformiert und tüchtig progressiv gehalten werden, und Sie werden die Mittel, die Sie jetzt für Kulturausgaben der Einzelstaaten und im Reich brauchen, in sehr reicher Weise sich verschaffen können.“

„Statt dessen kommen Sie uns mit Ihren kleinen Sozialvorlagen, mit Ihrer Spartheorie, und glauben, mit diesen ein Schritt nach vorwärts zu thun. Was wollen Sie dann nur z. B. durch die neuen Sparvorlagen erreichen? Ja, lieber Himmel, wo sollen denn unsere Arbeiter noch sparen, möchte ich wissen!“

(Zuruf: Sehr viele sparen!)
Gewiß, sie werden es sich eben ab, und wenn ein so sehr großes Gewicht von Staatswegen auf das Sparen gelegt wird, dann werden sich vielleicht die Massen das Notwendigste noch weiter abdrücken. Meine Herren, das Sparen mag für den Einzelnen eine ganz nützliche Theorie sein; aber wenn diese Spartheorie, ich möchte sagen, zur allgemeinen Staatspflicht dekretiert wird, dann wird sie eine nationale Katastrophe.“

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Ich will Ihnen das in aller Kürze zahlenmäßig nachweisen.“
Bebel weiß nun am Bier, am Tabak, am Fleische u. ziffernmäßig nach, welche Wirkungen die Anwendung der Spartheorie auf die in der Produktion dieser Luxusartikel der großen Masse Beschäftigten haben muß, und fährt fort:

„Meine Herren, Sie sehen daraus wieder, daß, sobald Sie anfangen, Ihre sogenannten wirtschaftlichen Deismittel, die Sie in der Verschönerung, zu verallgemeinern und auf großen, allgemeinen Lux zu bringen, dann sind Sie einfach konteroff, dann schlagen die Mittel in das gerade Gegenteil dessen um, was Sie damit glauben erreichen zu können.“

„Es bleibt also in der That nichts anderes übrig, als daß der Militäretat in erster Linie in's Auge gefaßt wird. Nun versichern uns die Herren vom Regierungssitze, der Herr Kriegsminister in erster Linie: an dem können wir nicht sparen: ich habe mich bereits auf das Keuferste eingeschränkt, ich habe eine Menge Forderungen, die ich gerne gestellt hätte, mit Rücksicht auf die läche Lage des Budgets zurückgestellt. Meine Herren, ich gebe das zu. Wenn man einmal das ganze System, wie es vor uns steht, für unantastbar hält, dann bin ich der Ansicht, daß im Großen und Ganzen die Militäerverwaltung eine sparsame ist.“

(Abgeordneter Richter: Ob hat!)
— Ja, das Kompliment mache ich ihr. Ich habe schon vor mehreren Jahren einmal gesagt, meine Herren von der Linken, wenn Sie die Militäerverwaltung in die Entreprise einer Aktiengesellschaft gestellt hätten, so hätte sie auch nicht billiger wirtschaften können.
(Sehr richtig! Weiterkeit.)

Ich sage, wenn Sie das System für vollkommen halten und anerkennen, dann bleibt nichts anderes übrig, als zu bewilligen. Ich will Sie also zwingen, entweder zu sagen: wir halten das System für notwendig — dann sage ich: dann bewilligt auch; oder Sie halten es für unantastbar, dann sage ich: dann muß es von Grund aus geändert werden. Meine Herren, auf letzterem Standpunkte stehen wir.“

Wir bedauern, daß uns der Raum mangelt, die nun folgende scharfe Kritik des heiligen Militarismus hier wiederzugeben. Wir kommen aber an anderer Stelle auf dieselbe zurück. Nachdem er schließlich noch darauf hingewiesen, wie gerade die jetzt tagende Kongresskonferenz den Beweis liefert, daß die internationalen Streitfragen ganz gut durch friedliche Vereinbarungen gelöst werden können — wenn man nur will — schloß Bebel mit den Worten:

„Ich habe, obgleich der Reichskanzler dies erst für später wünschte, Ihnen heute bereits ein nicht unwichtiges Stück zur Lösung der sozialen Frage — denn alle sozialen Fragen hängen auch mit den großen politischen Fragen zusammen — entwickelt. Wir werden bei anderen Gelegenheiten auch die rein sozialen Fragen, auch die notwendige Organisation der Produktions- und die Organisation der Distributionsverhältnisse, auch die kooperativen Ausnutzung des Grund und Bodens, die Notwendigkeit der Affizierung (sowohl der Landwirtschaft als des Kleinhandels) und der Arbeiter unter sich, darlegen. Einstweilen habe ich Ihnen heute eine Reihe von Aufgaben gegeben, die, wenn Sie dieselben lösen, uns sehr zufrieden stellen werden. Das Weitere werden Sie später sehen.“

Die Rede wird hoffentlich bald im Sprachatdruck erscheinen. Wie aus den obigen Auszügen bereits ersichtlich, bietet sie vorzügliches Agitationsmaterial; sie liefert aber auch, ebenso wie die bisher gehaltenen Reden von Auer, Bloß u. c. eine schlagende Widerlegung der abgemessenen Redensarten, daß unsere Partei, je stärker sie an Zahl wird, sich immer mehr gezwungen sehen werde, Wasser in ihren Wein zu gießen.

Das mag in Bezug auf bürgerliche Parteien zutreffen, nicht aber auf die Partei des kämpfenden Proletariats.

Wer zahlt die Kosten?

Mit großem Behagen druckt das Reichskanzler-Organ, die „Norddeutsche Allgemeine“, eine englische Korrespondenz der Wiener „Neuen Freien Presse“ über die Lage des Weltmarktes ab, weil dieselbe angeblich alle gegen die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik gerichteten Angriffe als unberechtigt nachweist. Es heißt da nämlich:

„Ein ganz eigentümliches Gefühl der Unbehaglichkeit macht sich in allen Classen, über, wenn ich mich richtiger ausdrücken will, in allen Geschäftskreisen und Mittelpunkten des Handels sowie der Industrie Großbritanniens bemerkbar. Dieses Gefühl kann nicht nur als eine vorübergehende Auswühlung, als eine Erregung „von gestern auf heute“ bezeichnet werden, welche wieder ebenso schnell verschwinden könnte, sondern als eine weit tiefer liegende Empfindung der Unsicherheit, der Besorgnis bezüglich der leitenden Stellung Englands, welche dasselbe bis heute auf den Märkten der Welt eingenommen hat. Die Befürchtung, daß Großbritannien diese Position verlieren könne, ergreift immer größere Kreise, und Hunderte von Anzeigen kommen zum Vorschein, daß die Besorgnis keine ganz grundlose ist. Die kommerzielle Welt-heresie, die Großbritanniens ist ernstlich bedroht, und der große Rivale, der England in den Schatten zu stellen, zu verdunkeln sich ansetzt, ist — Deutschland. Durch die Reize der siegreichen Schlachten der Jahre 1870 und 1871 wurde zwar zuerst und direkt nur Frankreich besiegelt, allein die großartige Schöpfung Bismarck's, das neue deutsche Reich, befindet sich seit jener ewig denkwürdigen Epoche auf dem besten Wege, auch England, wenngleich nicht militärisch, so doch auf kommerziellen Gebieten ebenso zu besiegen, wie das napoleonische Kaiserreich. Der britische Kaufmann kam in den letzten Jahren keinen Bericht irgend eines englischen Konsuls aus irgend welchem Teile der Welt in die Hand nehmen, ohne darin die ominösen Klagen zu lesen, daß der deutsche Handel dem englischen daselbst die gefährlichste Konkurrenz bereite. Aus China und Japan wie von Australien und dem Kap lauten diese Berichte immer gleich in demselben Sinne, und heute zufällig finde ich in der offiziellen „Gazette“ wieder Konsularlagen des nämlichen Inhalts aus Tanager in Karoffo, aus Guatemala und Brasilien. Ueberall ist der Deutsche auf dem besten Wege, dem Engländer den Rang abzulaufen, wenn nicht gar den Letzteren von dem Markte zu verdrängen. Die Berliner Börse beginnt die Forderung auf einem Gebiete des Weltmarktes, nämlich dem der auswärtigen Staatsanleihen, zu übernehmen, welches bisher fast das ausschließliche Monopol des Londoner Geldmarktes war, und die Tatsache, daß gerade jetzt in Berlin die Kongresskonferenz eröffnet wurde, muß dem britischen Kaufmann gar deutlich den Beweis vor die Augen führen, daß auch auf einem Felde, auf dem noch bis vor ganz kurzer Zeit der englische Einfluss allein und ausschließlich entscheidend war, eine andere Macht die Führerrolle übernommen hat.“

Beiläufig glänzendes Bild! Wie muß jedem deutschen Normalbürger das Herz ob der Herrlichkeit des deutschen Reiches, der „großartigen Schöpfung Bismarck's“, schlagen, wenn er das liest. Frankreich militärisch, England industriell besiegt, und als Triumphtor kommandiert in der diplomatischen Welt Bismarck, in der finanziellen die Berliner Börse!

Ist das nicht grandios?
D gewiß, das ist glänzend; aber es ist nicht Alles Gold, was glänzt. Wir brauchen uns bloß die Frage vorzulegen: Wer zahlt die Kosten für all diese Herrlichkeit? und wir werden ein ganz anderes Bild gemalt werden, als das, welches das Bismarck'sche Organ seinen Lesern aufsticht.

Wie das neue deutsche Reich, diese „herrliche Schöpfung Bismarck's“, nur mit Blut und Eisen, dem Blut von Tausenden und Abertausenden deutscher Söhne, zusammengeschnitten worden ist, und zwar, wie der Schöpfer selbst nicht ob den genaugen versichern kann, nicht allzudauerhaft, so steht es auch mit der deutschen Führerschaft auf dem Weltmarkt. Soweit sie überhaupt besteht, ist sie zu neuen Höhen nur möglich geworden durch Unterbietung aller Mitkonkurrenten, und diese Unterbietung wiederum nur möglich durch die billigen gedruckten Löhne, deren sich das industrielle Deutschland „erfreut“. Die große Billigkeit — billiger als das Axiom der Freihändler! — hat gefiegt, und sie ist erreicht worden durch stürmische Befolgung des famosen Rezipes des freihändlerischen Ministers von Camphausen, das Bismarck zwar nach dem Sturz dieses — wenigstens offenermaßen — Herrn offiziell vertuschen ließ, dessen Befolgung er aber so ernst nahm, daß er sogar in der strengen Durchführung der gesetzlich notwendigen Schutzmaßnahmen in den Fabriken eine „Belästigung“ der Industrie erblickte. Billiger arbeiten, das war die Parole, und diese Billigkeit wurde erzielt auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter. Bis auf's Blut wurden die Arbeiter in Sachsen, in Schlesien, in Thüringen — überall, wo die Weltmarktindustrien blühen, ausgepreßt; im buchstäblichen Sinne des Wortes kann man sagen, daß an der deutschen Suprematie auf dem Weltmarkt das Blut von Tausenden und Abertausenden an Entkräftung dahingeführter Proletarier fließt. Und diese Suprematie ist mächtig nicht gesichert als die auf die Erofolge der Bajonette basierte politische Nachstellung Deutschlands! Hier wie dort herrscht die Leiden, jeden Vortheil, den ein Land gelegentlich aufweist, möglichst bald international auszugleichen; und wie man auf der einen Seite, dem guten Beispiel Deutschlands folgend, allermühsam die Militärischen in geradezu wahnsinniger Weise steigert, so bleibt auch in Bezug auf die Inzuchtverhältnisse Deutschlands Vorgehen nicht ohne Nachahmung. Im Zeitalter der Maschinen ist es nicht mehr die besondere Geschicklichkeit, es ist die Billigkeit des Arbeitsmaterials, welche den Sieg erringt. Die Herren Fabrikanten in England werden eben nicht ruhen, bis sie die Löhne ihrer Arbeiter möglichst nahe dem Niveau der deutschen Löhne gebracht haben. Wie auf dem militärischen Schlachtfelde, so ist es auch auf dem Schlachtfelde der Industrie das arbeitende Volk, auf dessen Kosten die „glorreichen Siege“ erkämpft werden. Die herrlichen Erfolge, auf welche die „Norddeutsche Allgemeine“ so stolz ist, beruhen auf der sehr ehrenvollen Tatsache, daß Deutschland die verhältnismäßig größte Militärische und — die schlechtesten Löhne aufweist.

Wie ungesund die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind, dafür gibt es gar keinen drastischeren Beweis, als die „erfreuliche“ Tatsache, daß die Berliner Börse der Hauptmarkt für die ausländischen Staatspapiere zu werden beginnt. Das ist die natürliche Folge der Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen, und ein Zeichen dafür, daß die deutschen Kapitalmagnaten dem Proleten im Inland nicht

recht trauen. Vor einem Menschenalter legten englische Kapitalisten ihr Geld, wenn es ihnen daheim nicht genug Zinsen brachte, in Industrieunternehmungen in Deutschland an, und halfen so die deutsche Konkurrenz großziehen; heute leihen deutsche Kapitalisten dem Ausland Geld, um in England, in Ägypten, in Südamerika Konkurrenz für die deutsche Industrie zu erziehen zu helfen. Der „Reichtum“ Deutschlands, der Kapitalüberfluß in den Reservoiren in Berlin, in Frankfurt am Main u., er wandert in's Ausland, während in Deutschland Hunderttausende fleißiger Arbeitsthiere, die ihn geschaffen, am Hungertuche nagen. Eine herrliche Wirtschaftspolitik!

Aber wohlgerathet, dieser Zustand der Dinge ist ebenförmig die Folge der Schutzzölnerlei, als der „industriellen Aufschwung“ von 1880 eine Folge der Schutzzölnerlei war, sondern der modernen kapitalistischen Produktionsweise überhaupt. Er wäre auch unter dem Freihandel nicht ausgeblieben. Aber er charakterisirt die Unfähigkeit der Praxis vom „Schutz der nationalen Arbeit“, welche die Herren Schutzzöllner beständig im Munde führen; die Freude derselben über ihn zeigt, welcher Werth ihnen hochtönenden Deklamationen wider das vaterlandlose Randesferthum beizumessen ist, zeigt, daß sie, gleich dem habgierigsten Börsenjobber, nur einen Gott anbeten: den Gott Profit. Diesem Gott zu Ehren opfern sie wo möglich noch rüchichtsloser als ihre freihändlerischen Gegner Leben und Gesundheit der ganzen Arbeiterklasse ihres Landes; es gibt nur einen wirklichen Schutz der Arbeit, und der heißt Unterdrückung der Ausbeuter.

So lange die Ausbeutung herrscht, werden die Arbeiter stets die Kosten zu tragen haben für die Siege und für die Niederlagen auf dem Weltmarkte.

Demokratisch!

Eine Mahnung zur Massenagitation.

I.*)

Wasser in's Mehlmeer! Dieser Ruf ist ebenso berechtigt wie die Forderung „Demokratisch!“ in diesem Blatt.

So meint der Leser. Er irrt sich aber. Er meint, demokratisch zu sein, ist das Prinzip der sozialdemokratischen Partei. Das stimmt. Das Prinzip, ja; aber leider nicht die Praxis. Die demokratische Praxis heißt: „Alles durch das Volk.“ Davon ist in unserer Agitation wenig zu spüren. Bei uns heißt es bloß: „Alles für das Volk.“ Wir haben eine Anzahl Leute, von denen jeder beinahe mehr für die heilige Sache thut, als er kann; wir haben einige Männer und auch Frauen, welche die größten Opfer bringen — die einen mit ihrer Arbeit, die anderen mit ihrer Gesundheit, etliche mit ihrem Geld — die große Masse aber thut nichts. Wohl ist die Zahl der Fäßigen stetig größer geworden und wird es täglich noch, wohl ist daher unsere Organisation sehr fester und ausgedehnter denn je geworden, aber gegen das, was zu geschehen hätte, ist das, was geschieht, nichts.

Es kann aber bei der jetzigen Verfassung der Agitation nicht mehr geschehen. Von Allen, welche sich daran betheiligen, kann man nicht mehr verlangen, als was sie eben thun. Aber ich behaupte, daß sich die Agitationsweise verbessern läßt.

Heute stützt man sich auf eine kleine Zahl besonders opferwilliger und opferfähiger Parteimitglieder. Da diese die Aufgabe haben, die sozialistische Gesellschaft anzubahnen — alles Andere kann ja nichts nützen — müssen sie Großartiges leisten, und da ihnen dabei die Polizei dazwischen fährt, müssen sie es geheim thun.

Großartiges geheim, das geht aber nicht.

Aber die Presse? Unsere Zeitungen?

Unsere Zeitungen können auch nicht zum Ziele führen. Diese Presse ist geheim und kostet Geld. Nur eine Minderheit kann sie bezahlen, nur ein winziger Theil dieser Minderheit bekommt sie regelmäßig zu lesen. Zur Ausbreitung unserer Anschauungen nützt die periodische Presse gar nichts, sie kann nur zur Erhaltung der Verbindung unter den bereits gewonnenen Mitgliedern der Partei dienen.

Ich habe mit einem „Führer“ unserer Bewegung mich dahin geeinigt, daß unter dem Einfluß unserer Presse etwa 100,000 Leser stehen (also nicht lauter Arbeiter, um die sich doch die ganze Bewegung dreht). Das „Berliner Tageblatt“ aber hat — ohne Aufschnitt — 75,000 Abonnenten!

Wie sehr unser Einfluß auf die Massen der Arbeiter noch wachsen muß, zeigen folgende Zahlen:

Für unsere Bestrebungen nach einheitlichem Plane in Bewegung zu setzen und zu beeinflussen sind unsere Leser, höchstens	100,000
Entschieden ungunstiger mit unseren Zuständen, aber zum guten Theile recht unklar über unsere Mittel der Besserung sind unsere Wähler	600,000
Ihrer Klassenlage nach zu uns gehörig sind von den rund 8 Millionen Reichstagswählern allermindestens 87 $\frac{1}{2}$ %	7,000,000

Wir haben von der Arbeit, die unsere Aufgabe ist, im günstigsten Falle den dreizehnten Theil gethan! Und dies in 20 Jahren! Wir würden, trotz der breiteren Basis, von der wir heute ausgehen, bei den wachsenden Schwierigkeiten der Agitation auf dem Lande und in den Städten der rückständigen Provinzen sowie den Polizeistrafkassen mindestens noch ein Jahrhundert brauchen, um nur die Hälfte der Stimmen für uns zu haben, wenn wir uns auch fernier mit dem heutigen Grade von Demokratie in der Agitation begnügen wollten.

Ein gewalttätiger Umsturz ist hiergegen eine Nisse, weil der Gedanke daran Widersinn ist. Er läßt sich nicht erzielen, auch nach einigen Jahren nicht. Die zehnfache Uebermacht der Vornarren schlägt ein einfach todt! Ueberdies ist ein Wähler noch kein Barrikadenkämpfer! Es ist auch eine uralte Gewissheit: Revolutionen werden nicht auf den Barrikaden, sondern in den Köpfen gemacht.

Die Revolution wird aber nicht dadurch in den Köpfen gemacht, daß man dieselben von Zeit zu Zeit in Wuth und Erbitterung über gewisse Mißstände hineinagitiert, denn dabei wäre der Erfolg der Agitation allemal vorüber, wenn die Aufwallung vorüber ist, sondern indem man die mächtigste gründliche Kenntniß über die Quellen dieser Mißstände verbreitet. Diese Kenntniß bringt allmählich von selbst die Erbitterung hervor, welche zum Widerstande gegen die alte Gesellschaft reizt, außerdem aber auch — was die erst erwähnte Agitation nicht vermag — die Begeisterung für unser volkswirtschaftliches Ideal, welche opferfähig macht.

*) Diese Artikel sind von einem sehr eifrigen Parteigenossen, der sich die Verbreitung unserer Ideen namentlich unter den sogenannten „besseren Ständen“, zu denen er selber gehört, sehr angelegen sein läßt. Manches, was er sagt, mag unpraktisch, manches auch durch die Praxis bereits überholt sein, aber der Grundgedanke der Artikel: Demokratische Agitation, d. h. größere Heranziehung der Massen zur Agitation, ist entschieden ein richtiger. Die gemachten Vorschläge verdienen jedenfalls Berücksichtigung, und sofern sie nicht anwendbar sind — über diesen Punkt sprechen wir kein Urtheil aus, — werden sie wenigstens anregend sein.

Die Redaktion des „Sozial-Demokrat.“

**) Hier schüttet der Verfasser nach unserer Ansicht das Kind mit dem Bade aus. Der Gedanke, einen gewalttätigen Umsturz zu machen zu wollen, ist allerdings widersinnig, ebenso aber auch der Gedanke, daß der Zusammenbruch der heutigen Ausbeutungsgesellschaft lediglich von unserer Agitation abhängt. Es gibt noch einen Faktor, der da in Betracht kommt, und zwar ist er der wichtigste: die wirtschaftliche Entwicklung! Die Revolution bereitet sich auch in den Dingen vor, und unsere Aufgabe ist es, dieses objektive Revolutionswerk durch subjektives zu ergänzen, das heißt: die unbewußte Revolutionierung der Verhältnisse, welche sich in der heutigen Gesellschaft andeutet, zum Bewußtsein der Massen zu bringen, weil die bewußte, planmäßige Thätigkeit am meisten leistet. Der „Barrikadenkampf“ ist in jeder Revolution nur eine Episode, und kann für die vorliegende Frage umjomehr außer Betracht kommen, weil er nie das Werk von Parteien ist, ebensowenig gemacht wie verboten werden kann. Aber wenn es auch ganz richtig ist, daß nicht jeder Wähler „Barrikadenkämpfer“ ist, so ist doch zu beherzigen, daß auch nicht jeder „Barrikadenkämpfer“ Wähler ist.

Wir stehen also vor der Aufgabe der Belehrung der Massen. Die Lösung dieser Aufgabe ist so außerordentlich schwierig und scheint so utopisch, daß man sie möglichst aus dem Wege gehen möchte. Das Vorstehende lehrt uns aber hinlänglich, daß es durchaus kein anderes Mittel gibt, das uns vorwärts bringen kann. Lassen wir also fest an, was wir nicht vermeiden können. Wie das zu machen wäre, soll der nächste Abschnitt zeigen.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 10. Dezember 1884.

— Recht und Interesse. Bismarck's Vorkriegsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, brachte vor einigen Tagen über die Braunschweiger Erbfolgefrage einen Artikel, in welchem es unter Anderem hieß, daß „das legitime Recht“ ein Anachronismus, ein überwundener Standpunkt sei, und daß das „Recht“ des Herzogs von Cumberland auf den Braunschweigischen Thron gar nicht in Frage kommen könne, wenn es dem Interesse von 45 Millionen Deutschen zuwiderläufe.

Natürlich: Bismarck möchte das schöne Braunschweig gern „schlucken“, und da ihm das „legitime Recht“ dies verbietet, so wird er plötzlich zum Revolutionär, wie 1866, wo er mit den Kanonen des „Bruderkrieges“ ein mächtiges Loch in das „legitime Recht“ schob. Inzwischen sind 18 Jahre verfloßen — manches, was damals geschah, ist heute vergessen; dem Sabelrecht, das damals über das legitime Recht triumphierte, ist durch die Zeit — die Mutter des legitimen Rechtes — ein Legitimitätsmäntelchen umgehängt worden, wenigstens etwas Keckliches; und die Kriegserklärung der „Norddeutschen“ an das legitime Recht hat deshalb ein gewisses Aufsehen erregt. Die mittel- und kleinstaatlichen Bundesfürsten belamen eine gewaltige Angst, sie sagten sich: genau mit demselben Recht, wie den Herzog von Cumberland, könne man sie ihrer „legitimen“ Kronen und Throne verlustig erklären; es regnete Proteste und Vorstellungen nach Berlin. Die „Germania“ aber, das Organ des Bismarckianer Windthorst, meinte, die „Norddeutsche Allgemeine“ oder deren leitender Geist könne sich der Tragweite jener Kriegserklärung an das „legitime Recht“ nicht bewußt geworden sein, denn sonst müßte er erkannt haben, daß dieselbe Logik sich z. B. auch auf das Privateigenthum anwenden lasse, und daß der Verfasser jener Kriegserklärung an das „legitime Recht“ konsequenterweise es nicht mißbilligen könne, wenn die Sozialdemokraten das Privateigenthum, als mit dem öffentlichen Interesse in Widerspruch stehend, abschaffen wollten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat sich wohl gehütet, mit der „Germania“ über dieses heikle Thema in eine Diskussion einzutreten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat unweifelhaft Recht, indem sie das „Interesse des Volkes“ über das „legitime Recht“ stellt.

Die „Germania“ hat aber unweifelhaft auch Recht, indem sie die Auffassung und Logik der „Norddeutschen Allgemeinen“ zu einer revolutionären Respekt.

Nicht daß das Kanzlerorgan sich auf den Standpunkt der Revolution stellen wollte. Es hat nur die dynamischen Interessen der vom Hausmeier Bismarck regierten Hohenzollernmonarchie im Auge, und „die 45 Millionen Deutsche“, deren Interesse dem legitimen Rechte des Herzogs von Cumberland gegenübergestellt wird, sind nur diese dynamischen Interessen. L'état c'est moi! Das deutsche Volk, das bin ich!“ denkt Hausmeier Otto der Erste und Letzte, „und meine Interessen sind die Interessen der 45 Millionen Deutsche. Ich habe Appetit und möchte gern den fetten Bissen Braunschweig verspeisen — ergo haben — wie das im Mutterland Dabomyr Sitte und Gebräuch — die 45 Millionen Deutsche Appetit auf den fetten Bissen, genannt Herzogthum Braunschweig.“

Wir wundern uns aber über diese Logik durchaus nicht, und begrüßen sie. Die Hintergedanken Bismarck's sind uns gleichgültig: er schiebt Breche in das legitime Recht und proklamirt den revolutionären Grundsatz, daß es kein Recht gibt als das Interesse der Gesamtheit.

Wenn die Sozialdemokraten das sagen, ist es strafbar, und die Schriften, in denen es steht, werden verboten.

Jetzt muß das Organ des obersten Beamten im deutschen Reich die revolutionäre Wahrheit verkünden.

Wir haben den Reichskanzler schon in anderen Fragen beim Wort genommen, wir werden ihn gelegentlich auch hier beim Wort nehmen. Wir wollen schon zu geeigneter Zeit die Konsequenzen des von ihm proklamirten und sanktionirten Grundsatzes ziehen. Durch die Breche, die er schiebt, werden wir in die Zitate der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung einziehen.

Salus republicae suprema lex!
Ju Deutsch: Das Heil der Gesamtheit ist oberstes Gesetz!
Es gilt, Junker Bismarck!

— ms. Sehr freundlich ist die „Norddeutsche Allgemeine“. Sie richtet an die deutsche Sozialdemokratie die Einladung, an der Gesehbung Theil zu nehmen. „Ein gedeßlicher Fortgang der Sozialreform ist nur dann zu erwarten, wenn an die gestellte Aufgabe alleseitig mit sachlichem, vorurtheilsfreiem Urtheil und mit ernstem, energischem Willen herangegangen wird, alle nichtigen Haarpollereien und Parteianfeuern aufgegeben werden. Um so gefährlicher erscheinen uns deswegen die Anträge, mit denen gewisse Parteien den jungen Reichstag bereits zu belästigen suchen; denn nicht allein, daß dieselben jener großen Aufgabe gegenüber irrelevant erscheinen, können sie nur dazu dienen, die Parteilebenskräfte auf's Neue zu entzweien und dem neuen Reichstag von vornherein ein sehr zweifelhaftes Prognostikon zu stellen. Das sozialpolitische Programm der Reichsregierung bietet einen gewissenmaßen neutralen Boden, auf welchem bei ernstem Willen jede Partei mitarbeiten kann, selbst die sozialdemokratische. Die sozialistischen Weltverbesserer finden da ein neues Arbeitsfeld vor, auf dem sie sich wenigstens die Sporen praktischer Befähigung verdienen können, da sie ja einstweilen mit dem herrschenden System sich noch befreunden müssen. Ein Jeder aber, der seine Kräfte an die Lösung jener Aufgabe setzt, dient damit sich selbst und Allen zugleich.“

Als das „sozialpolitische Programm“, zu dessen Verwirklichung die Sozialdemokratie helfen soll, wird bezeichnet: „Bermittlung zwischen dem mancherseitigen Grundsatze der absoluten Freiheit des Individuums und dem sozialistischen Grundsatze des absoluten Zwangs für das Individuum; und die Vermittlung soll erreicht werden durch „Korporative Gliederungen der Arbeiter, durch staatliche Unterstützung korporativer Genossenschaften, durch Gewinnbetheiligung der Arbeiter u. s. w.“ Das „u. s. w.“ gehört — wenn auch nicht wörtlich, doch dem Sinne nach — der „Norddeutschen Allgemeinen“. Wir haben das ganze Bezeichniß mitgetheilt.

Zunächst haben wir dem Reichskanzler-Organ zu bemerken, daß der Sozialismus nicht den absoluten Zwang für das Individuum bedeutet, sondern umgekehrt die volle Freiheit des Individuums in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft. Die „absolute Freiheit“ des Manchestertums ist nur die absolute Willkür des Individuums, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Faustrecht, der Kampf aller geg'n Alle. Der Sozialismus will gerade das Individuum zur Geltung bringen, das, wenn es nicht zufällig „Hammer“ ist, in der heutigen Gesellschaft „Amboss“ sein, und sich unterdrücken lassen muß. So fällt in seiner logischen Konsequenz Sozialismus und Individualismus zusammen, anstatt Gegensatz zu sein. Erst durch den Sozialismus kann der Individualismus Wahrheit werden — Sozialismus ist Individualismus. (Wir können diesem Satz doch nur sehr bedingt zustimmen, oder vielmehr nur unter der Voraussetzung, daß dem Wort Individualismus kein anderer Sinn untergelegt wird, als der vorher entwickelte: die Garantie der Entwicklung und Geltendmachung der Individualität in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft. Der Sprachgebrauch aber verbindet mit dem Worte Individualismus einen Sinn, der durchaus antisozialistisch ist, das Individuum in Gegensatz zur Gesamtheit stellt. Ann. d. Red.)

Und nun die traurige Betschuppe, zu deren Bereitung die Sozialdemokratie eingeladen wird! Ein Bischof korporative Organisation mit mehr oder weniger Junks-Beigehma, ein Bischof Staatsalmsen für reichsfromme „Arbeiter“, die sich bei Zuckerbrod und Pfeife wohl fühlen, ein Bischof „Gewinnbetheiligungs“-Humbuz — das ist es, was

wir mitkochen sollen. Sehr freundlich! Indeß — wir danken schön. Wir werden weder auf den „neutralen Boden“ gehen, noch auf den Leim.

— Die Bebel'sche Budgetrede hat die Frage wieder angelegt, ob ein Laie in Militärsachen ein kompetentes Urtheil habe. Von den Herren Militärs wird das natürlich bestritten.

Thatsache ist, daß niemals in irgend einem Zweige menschlicher Thätigkeit oder in irgend einer Staats- oder Gesellschafts-Einrichtung ernstliche Reformen möglich gewesen wären, wenn es auf das Urtheil der eigentlichen Fachmänner und der zunächst interessirten Parteien angekommen wäre.

Wer von Ungerechtigkeiten oder Mißständen einen Vortheil hat, wird nicht zugeben, daß das, was ihm Vortheile bringt, Ungerechtigkeiten oder Mißstände seien. Und nun gar Jemand, der von einer Ungerechtigkeiten, einem Mißstande lebt, wie das bei dem Kriegsminister Bismarck von Schellendorf der Fall ist. Wir nehmen da gar nicht an, daß der Mann unehrlich sei. Wir hegen sogar, soweit wir ihn kennen, die Ueberzeugung, daß er das glaubt, was er sagt, aber das Interesse trübt das Urtheil. Man ist geneigt, das für gut zu halten, was uns nützlich ist.

Und außerdem hat der menschliche Geist, gleich dem menschlichen Körper, die Eigenschaft, sich an Schlimmes und Schädliches zu gewöhnen, bis zuletzt das Naturwidrige und Unvernünftige natürlich und vernünftig erscheint.

Der Masse der Adligen ist es niemals klar geworden, daß die Leibeigenschaft und die amerikanischen Sklavenhalter die Sklaverei freiwillig und aus eigener Ueberzeugung abschaffen, hätten wir bis zum St. Nimmerleinstag warten müssen.

Und wenn wir warten wollten, bis die Herren Kriegsminister die Gemeinwohlthätigkeit des Militarismus zugeben und an dessen Abschaffung gehen, müßten wir bis zum St. Nimmerleinstag warten.

Daß ein Kriegsminister vom Militärwesen in technischer Beziehung mehr versteht als ein sozialistischer Abgeordneter, der nie Soldat geworden ist, das wird nicht in Abrede gestellt werden; ebensowenig kann aber in Abrede gestellt werden, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der niemals Soldat gewesen ist, vorausgesetzt, daß er umfassende Einsicht in die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse hat, an sich ein weit unparteiischeres, ein weit unbefangeneres Urtheil über den Militarismus hat als ein Kriegsminister.

Uebrigens gehört auch der Militarismus in die Reihe derjenigen Fragen, die überlegenden Nachfragen sind. Und zwar ist er eine wirtschaftliche Nachfrage. Falls nicht eine Revolution kommt, wird der Militarismus solange bestehen, als die Völkler ihn wirtschaftlich aushalten können. Die Frage ist bloß, wie lange sie ihn noch aushalten können. Der Wille unserer Militärs und Kriegsminister entscheidet da nicht. Da entscheiden nur die wirtschaftlichen Machtverhältnisse, d. h. die Steuerkraft der Völkler.

Und diese ist, in Deutschland wenigstens, bei der Unproduktivität der Streuerwendung nahezu erschöpft.

Die Beachtung, welche Bebel's Rede gefunden, ist der beste Beweis dafür, daß man dies allgemein einzusehen beginnt.

Das Bebel in Bezug auf den Militarismus sagte, war Alles schon vorher gesagt worden — auch im Reichstage —, allein Niemand hatte sich darum bekümmert. Jetzt war es anders. Die Verhältnisse haben so trefflich propaganda für uns gemacht, daß die Wahrheiten, welche wir seit Jahrzehnten aussprechen und die wir bisher meist in die Wüste predigten, nun endlich begriffen zu werden beginnen.

— ph. Deutsche Kolonien. Deutsche Kolonien hätten wir glücklich, nun müssen wir aber dort auch die deutsche Freiheit bekommen; die Freiheit in ihrem reinen manchesterlichen Sinne, in welchem sie in der Hauptsache die Freiheit des Arbeiters von Lebensmitteln bedeutet, und denjenigen zwingt, sich unter den bekannten Bedingungen täglich neu an das Kapital zu vermieten. Bei den Wilden in Afrika fehlt es an dieser Freiheit noch; die Leute haben noch ihren Bedürfnissen entsprechend genug zu leben und sind in Folge dessen zur Lohnarbeit nicht zu brauchen. Aber Rath muß geschafft werden, und die jüngste Konferenz in Friedrichsruh zwischen Bismarck und Bismarck nebst Konferten hat solchen schon in Aussicht genommen: die findigen Geschäftsmänner haben seiner Durchlaucht nahe gelegt, daß das Kamerun-Gebirge ein recht gesunder Aufenthalt für deutsche Sträflinge sei. Die Idee der Deportation nach der afrikanischen Wildnis wird vorläufig nur als Fühler herausgesteckt, wie man an der Betonung der Gesundheit sieht; wenn das deutsche Speichbürgertum erst für Verbrecherkolonien in die nöthige Schwärmerie verlegt sein wird, wird es selbstverständlich sein, daß Bismarck's Stumpf und Jammer Laie am Fuße des Gebirges, welche für die Kommittee der Millionäre genug sind, dem deportirten Verbrecher auch ganz wohl bekommen. Die Geschäftsmänner sind keine „Prinzipienreiter“, „Freiheit in der Wirtschaft“ muß zwar sein, aber man thut es auch einmal mit Sträflingsarbeit. Welcher Art die Sträflinge in Afrika sein werden, läßt sich heute schon ahnen. Die Verbrecher wider Eigenthum und Leben erfahren jetzt eine leidlich rationelle Behandlung in inländischen Anstalten, und es ist fraglich, ob die Fachmänner des Gesellschaftswesens in die Korbheit der Deportation willigen würden; außerdem werden die Hamburger und Bremer Patrioten keine Diebs- und Mördergesellschaft in ihre Kolonien wünschen.

Aber, ist nicht das Sozialistengesetz vollständig unzulänglich zum Schutze der Gesellschaft? Kann man nicht den „keinen Belagerungszustand“ über das ganze Reich ausdehnen und die Ausgewiesenen nach den glücklichen Kolonien schicken? Deportation der Sozialisten ist ein schon bitteres ausgetauchtes Stückchen ultima ratio der Politiker, man hätte sich also in Zukunft, zu behaupten, daß der Haushalt unserer Arbeiter ein zweckmäßiger Markt für die von ihnen geschaffenen Produkte sei als die Regierhütte und der Hottentottenkraal. Bei der bekannten Hochachtung der jetzt in Deutschland herrschenden Schnaps- und Rübensunker vor geistiger Bildung, und der Beschränktheit der kolonialen Schwärmerischen Chauvinisten wird man es alsbald erleben, daß die Vertreter solcher unheilvoller Wirtschaftsideen in afrikanischen Wüsten für die hanseatischen Geldsäcke Karren schieben müssen.

— Aus dem Reichstag. Der Antrag Windthorst auf Aufhebung des sogenannten Expatriationsgesetzes gab (am 3. Dezember) zu einer lebhaften Debatte Anlaß. Es gelang dem pfiffigen Zentrumsmann, den Fürsten Bismarck herauszulocken, wodurch die Komödie etwas interessanter wurde. Komödie und nichts als Komödie ist es ja, denn Beide — der Bismarck und der Windthorst — haben ein gemeinsames Interesse an der Fortdauer des Kulturkampfes.

Im Rahmen der sozialdemokratischen Fraktion sprach Blos, welcher dem Zentrum wegen seiner zweideutigen Haltung in politischen und sozialen Dingen tüchtig den Terg las, und die „Arbeiterfreundlichkeit“ sowie die demokratischen Oppositions-Klären des Zentrums einer heftigen Kritik unterzog, wobei insbesondere das Biotum zu Gunsten der Verlängerung des Sozialistengesetzes scharf gegeißelt ward.

Die Seinnungslosigkeit Kuberer kann uns natürlich kein Grund sein, selbst eine Seinnungslosigkeit zu begehen — und unsere Vertreter stimmten daher für den Antrag Windthorst.

— Die zur Vorbereitung eines Arbeiterschutzes (Normalarbeitszeit, Arbeiterschutz, internationale Fabrikgesetzgebung, Arbeiterkammern u.) von der sozialdemokratischen Fraktion eingeleitete Siedner-Kommission besteht aus den Genossen Kuer, Bebel, Dieß, Grillenberger, Reiser, Sabor und Bollmar. Die Kommission arbeitet sehr fleißig, und vor Ostern wird der fertige Gesetzentwurf wohl eingebracht werden können.

— Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach längeren Debatten den Beschluß gefaßt, die Abstimmung über die Dampferubvention offen zu lassen. Die Mehrheit der Genossen ist der Ansicht, daß es sich hier um eine Zweckmäßigkeit und nicht um eine Prinzipienfrage handelt. Falls der Reichstag die Kon-

stole übertragen wird, gedankt also ein Theil der Fraktion, und zwar in größerer, für die Dampferabvention zu stimmen.

In die Reichstagskommission, welche die Regierungsvorlage zu prüfen hat, sind Dieck und Bebel gewählt worden.

— Im fünften Berliner Wahlkreis haben unsere Genossen im Schlossermeister Franke als Kandidaten aufgestellt.

— Gefangen! Nach jeder Niederlage gibt es Kräfte, und der Arbeiter führt endlich zu Entschlüssen. So geht mit der „Fortschrittspartei“. Das Herr Eugen Richter in der vorigen Session bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz „gemogelt“ und unter der Hand alles Mögliche gethan hat, pour corriger la fortune, das ist, um die Annahme der Verlängerung zu erwirken, das war im Eingeweihten längst bekannt, aber es fehlten die handgreiflichen Beweise.

Als Sonnemann vor einigen Wochen mit Eugen Richter hinterhand geriet und von diesem in der bekannten Kuppelmann „angeknautzt“ wurde, deutete er drohend auf gewisse Vorgänge bei der Beratung des Sozialistengesetzes hin — Vorgänge, aus denen erziele, daß Eugen Richter im selben Moment, wo er in die Welt hinausrief: „Morgen wird im Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes mit einer beträchtlichen Stimmenmehrheit (die Zahl war sogar angegeben, um das Leser desto mehr zu imponiren) abgelehnt werden“, bereits die Briefe in der Tasche hatte, welche ihn bekehrten, daß die Annahme der Verlängerung mit Hilfe seiner eigenen Genossen gesichert war. Und Herr Sonnemann sagte weiter hinzu, dies Resultat in dem Herrn Richter ebenjowenig unerwünscht wie unerwartet zu sein.

Dr. Eugen mußte sich nicht, und auch Herr Sonnemann, der mit seinem Eugen nicht ganz brechen wollte, fand es nicht für gut, die Sache weiter zu treiben. Jetzt endlich ist der Klage die Stelle angehängt worden. Ein unzufriedener Fortschrittler, Dr. Kasten, hat in öffentlicher Volksversammlung Herrn Richter beschuldigt, eine Anzahl seiner Fraktionsgenossen bei jener Gelegenheit „abkommandirt“ zu haben. Herr Richter leugnet noch oder läßt leugnen. Denn er bejagt die Klage durch sein männliches Wädhchen für Alles, den Hrn. Parisius, der durch allerlei Wortspiele sich aus der Schlinge zu ziehen sucht — was ihm jedoch nicht gelingen wird.

— In Wilhelmshaven ist wiederum ein Parteigenosse wegen seiner Unfähigkeit bei den Wahlen gemogelt worden.

„Praktisches Christentum!“ Es wird nichts der letzte sein. Auf der Erde stehen noch viele.

— Unsere Reservisten. In Danzig fand am 4. Dezember eine Nachwahl für Herrn Ricker statt. Am 28. Oktober hatten wir dort 577 Stimmen für Bebel erhalten (die höchste Ziffer vor dem 1.14 im Jahre 1878 gewesen!), in der Nachwahl erhielt unser Kandidat, Lithograph Jochim, 1451 Stimmen, während alle übrigen Parteien, die am Wahltag theilnahmen: Ultramontane, Freisinnige und Bismarcker gegen den 28. Oktober einen Rückgang zu verzeichnen haben.

Der hilft selbst der „Frankfurter Zeitung“ kein Drehen und kein Deuteln, hier zeigt es sich klipp und klar, daß die gehörige Agitation der neuen Wahlkampfs weitere Wählermassen in unser Lager führt. Der berühmte „letzte Mann“, den unsere wackeren Danziger Genossen am 28. Oktober in's Feld führten, hat sich in der kurzen Zeit von sechs Wochen um 874 vermehrt. Geht das so fort, dann werden unsere Danziger Freunde bei der nächsten Wahl ein ebenso ernstes Wort mitreden haben, wie diesmal die Königsberger Genossen. Und dazu Glück auf!

— Einen glänzenden Sieg haben unsere Genossen in Kpolda am 26. November bei den dortigen Gemeinderatswahlen errungen. Von 6 zu wählenden Mitgliedern des Gemeinderats wurden bei außerordentlich reger Wahlbetheiligung 5 von ihrer Liste gewählt, und zwar mit bedeutender Majorität!

Ebenso haben unsere Genossen in Wittweida bei den Ergänzungswahlen zu den Stadtverordneten von 11 Kandidaten 9 durchgezogen, während die „vereinigen Ordnungsparteien“ nur 2 durchzuziehen vermochten. Bravo!

In Mannheim wurden bei den am 28. November stattgehabten Ergänzungswahlen in den Stadtrath 6 Demokraten und 4 von den Sozialisten aufgestellte Kandidaten (darunter auch Genosse August Dreesbach) gewählt.

— In Lindenau bei Leipzig siegten, wie die „A. Volksg.“ schreibt, unsere Genossen auf der ganzen Linie. Von den Anhängern wurden sämtliche fünf Gemeinderatsmitglieder und die vier Stellvertreter aus den Reihen der Sozialdemokraten gewählt, ebenso, und hier allerdings selbstverständlich, siegten die unangefangenen Sozialisten über die anderen Parteien, indem sie zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter ernannten. Lindenau ist bekanntlich das Schwesterdorf von Plagwitz, wo Dr. Heine, der bei der Reichstagswahl unterlegene Kandidat der „Ordnungsparteien“, und wo der famose Abjagebrief an die Sozialdemokratie fabrizirt wurde.

Ueber den bedeutenden Zuwachs unserer Stimmen im Kreise Erzfurt haben wir schon in Nr. 48 berichtet. Die dortigen Genossen schreiben uns: „Die Wahl hat uns große Opfer auferlegt, aber sie wurden alle mit Begeisterung gebracht.“ Das wollen wir meinen!

— In den Tod geht. Aus Westfalen, 3. Dezember, wird der „Volksg.“ geschrieben: Die letzte Reichstagswahl hat ein höchst trauriges Nachspiel gezeigt. Bekanntlich beeinflussen die größeren industriellen Werke nicht nur ihre Arbeiter vor der Wahl, sondern einige üben sogar noch Nachdruck an den Arbeitern dadurch, daß sie eine Anzahl nach der Wahl, wenn diese gegen den Willen ihrer Arbeitgeber gewählt haben, entlassen. So erging es dem Arbeiter Peter Bellen, der aus dem Stahlwerk Hölch in Dortmund nach der Wahl entlassen wurde. Nachdem derselbe vergeblich hierorts Arbeit gesucht, wandte er sich nach Ruhrort und hatte seit einigen Tagen nichts von sich hören lassen. Bellen war verheiratet und hatte ein Kind. Daß die Familie sich wegen des Schicksals des Ernährers große Sorgen machte, ist erklärlich. Heute gelangte nun die entsetzliche Nachricht zu der armen Frau, daß der Mann in Beek bei Ruhrort todt aufgefunden worden ist. Bellen hatte seinem Leben durch einen Schuß ein Ende gemacht, aus Verzweiflung, weil er keine Arbeit fand und so nicht mehr in der Lage war, für seine Familie sorgen zu können.

Wie mögen sich die Kapitalprogen in's Häuschen gelacht haben, als sie die Nachricht vom Selbstmord des von ihnen gedöhten Proletariats empfingen! „Haha, da habt ihr's, freche Arbeiterdrut, daß ihr ohne und nicht leben könnt! Das Schicksal dieses Bellen wird euch eine heilsame Lehre sein, in Zukunft keine andere Ueberzeugung haben zu wollen, als die, welche wir euch allergnädigst vorzusprechen gerufen!“ Und sie haben in der That Ursache, zu frohlocken, so lange die deutschen Arbeiter sich an ihren Feindern, die sie in Verzweiflung jagen, dadurch rächen, daß sie — sich erschießen....

— Es gibt noch Richter in — Freiburg. Am 30. November stand vor dem Strafgericht II des Landgerichtes Freiburg a. R. der Tagelöhner Friedel Aman von Bläswald, angeklagt des Berges. § 95 des Reichsstrafgesetzbuches (Majestätsbeleidigung). Aman hatte sich am Abend des 27. Oktober in das Gasthaus zum Adler in Schönau begeben, und da gerade über die unmittelbare bevorstehenden Reichstagswahlen verhandelt wurde, bei welcher Gelegenheit ein anwesender wiederer Bürger die Bemerkung fallen ließ: „Wir sollten eigentlich gar keine Sozialdemokraten haben“, rief er plötzlich von andern Tisch herüber: „Fort mit König und Kaiser, es lebe die Sozialdemokratie!“ Der anwesende Hugo Kaiser verwies ihn, brüht es, auf das „Ungehörliche“ seiner Rede und erinnerte ihn daran, daß er ja selbst Soldat gewesen und den Krieg 1870/71 mitgemacht habe. Ueber diese Zurechtweisung wurde Angeklagter noch böser, nannte den anwesenden Kaiser einen Vogi, und rief noch wüthender: „Nieder mit Kaiser und König.“ Hugo Kaiser, als echt national-liberaler Patriot, zeigte hierauf dem eintretenden Gensdarmen die Geschichte an. Die Strafkammer jedoch fand Friedel Aman der Majestätsbeleidigung

für nicht schuldig und sprach ihn von Schuld und Strafe frei, da „der Gerichtshof sich nicht überzeugen konnte, daß fragliche Aeußerung der Beleidigung unter § 95 des R.-St.-G.-B. zu unterstellen sei.“ Sehr vernünftig.

— Ein recht plumpe Wahlmandat haben die Berliner Fortschrittler im sechsten Wahlkreis unternommen, indem sie zur Nachwahl dem sozialistischen Kandidaten Pfannkuch in der Person des hiesigen Agitators Bey einen „Arbeiter“-Kandidaten gegenüberstellten. Soviel wollten die Herren doch aus den vorhergehenden Wahlkämpfen gelernt haben, daß dies Ausschlagsschild bei den gewählten Berliner Arbeitern durchaus nicht „zieht“, daß vielmehr eine so plumpe Plauerfängerlei sie selbst noch um den letzten Rest von Achtung bringen muß, den sie bisher vielleicht noch hier und da besaßen.

Das Herr Bey sich dazu hergab, den Titel „Arbeiterkandidat“ zu profitiren, steht diesem Menschen durchaus ähnlich. Er besogt darin nur das Beispiel seines Herrn und Meisters, der ja auch schon überglücklich ist, wenn ihm die Zeitung der Fortschrittspartei gestattet, in irgend einem halb oder ganz ausgegebenen Wahlkreis sein Ziel zu versuchen. Selbstgefühl darf man bei den Harmonieaposteln nicht suchen. Sonst würden sie die Herren Fortschrittler — die vöthlich von der Rothwendigkeit überzeugt sind, daß auch ein Vertreter der „gemäßigten“ Arbeiterpartei in den Reichstag geschickt werde — fragen, warum sie diesem Vertreter nicht den kaum sicheren fünften Wahlkreis einräumen, anstatt den fast hoffnungslosen sechsten.

Kun, die Berliner Arbeiter werden ihnen am Freitag hoffentlich eine gründliche Lektion darüber erteilen, was Ehrgefühl heißt.

— Arbeiter und Handwerker. Wessen sich die Arbeiter von den Zünftlern zu versehen hätten, wenn diese Herren einmal das Heft in die Hand bekämen, hat sich vor einigen Tagen in Wien recht deutlich gezeigt. In der Hauptstadt des Landes der Niedertracht und Descheler geht zur Zeit die Zünfterei und die von ihr kaum trennbare Antisemiterei in hohen Bogen — die Regierung braucht sie, um die deutsch-liberale Opposition in Schach zu halten.

Am 23. November fand nun eine von den Führern dieser Handwerkerpartei einberufene Wählerversammlung statt, behufs Anhörung der Kandidaten zu den Handelskammerwahlen, an welchen diesmal die sogenannten Fünfzählbenämänner — d. h. die Leute, welche fünf Gulden direkter Steuer bezahlen — theilnehmen.

„Die Sache ging“, schreibt die Wiener „Wahrheit“, „dort vortrefflich am Schnürchen, so ganz im Sinne der Herren Nachher; nur ein einziger Wähler, der in Arbeiterkreisen beliebte Buchdrucker Josef Schwarzinger, der natürlich nicht zur Gesellschaft der Herren Antisemiten gehört, trübte ihr Wasserchen — besser gesagt, wollte es trüben — denn dazu kam es gar nicht. Schwarzinger nahm in seinem naiven Glauben, unter anständigen Menschen zu sein, das Wort, und kam aber über einige einleitende Worte, die in dem Sinne gipfelten, daß er kein Verehrer der Prinzipien des dritten Gemeinderates sei, nicht hinaus. Weiter konnte er nicht anhalten, da nach dem Ausspruche dieses, in den Augen der Nachher die Berammlung, ein furchtbares Verbrechen ist. Der antisemitische Troß tobte und schrie, und einige dienstbesessene Individuen, die in der Rolle des Dinauschmeißens augenscheinlich gute Uebung haben mochten, zerriß den misliebigen Gegner, der sich vermahnt, einer anderen Meinung zu sein als tödlich und Konjorten, von der Tribüne.“

Mit anderen Worten: Man ließ den Vertreter der Arbeitersache, obwohl er Wähler ist, nicht einmal zu Worte kommen.

Und dieser Uebenthat jubelt die ganze antisemitisch-feudal-kerisale Presse, die so gern mit ihrer Arbeiterfeindschaft prahlt, begeistert zu. Das Wiener „Vaterland“ verkündete am nächsten Tage, daß ein neuer Geist in die Hallen des neuen Rathhauses eingezogen sei, und daß dieser neue Geist „hoffentlich“ an den Wänden dieses Hauses haften bleiben werde.

„Wenn nichts anderes, so hat dieser Fleischnel“, sagt die „Wahrheit“ sehr treffend, „den die sozial-feudal-kerisale Zeitung für die österreichische Monarchie“ den Leitern der neuen Richtung erteilt, gezeigt, wessen Geistes Kinder die Herren tödlich, Schneider, Buschshagen, Dammstädter u. s. w. sind.“

„Vorläufig... möge der schöne „neue Geist“, den das „Vaterland“ aus dieser Berammlung herausgefunden hat, nur fortgedeihen; er gerichtet sowohl den Zünftlern wie dem „Vaterland“ zur Ehre, besonders dem „Vaterland“, das vor wenigen Tagen, anlässlich des Todes des Bischofs Kubitzier, sich wie folgt zu schreiben erlaubte: „Auch bei dieser letzten Krankheit ist von einigen Personen dem Allmächtigen das Andot ihres Lebens für Erhaltung des Bischofs gemacht worden. Als der Bischof davon hörte, bemerkte er ruhig: „Der Wille des Herrn soll geschehen.“ Vor sieben Jahren, als der Bischof ebenfalls sehr schwer krank war, geschah dasselbe von einer Person, die dann auch gestorben ist. Diesmal hat der Herr das Opfer nicht ange-nommen.“ Soll aus diesen Sätzen vielleicht schon der „neue Geist“ herausgesehen werden können, den das „Vaterland“ im neuen Rathhause triumphiren sehen möchte? Wahrscheinlich, wir gehen einer traurigen Zeit entgegen, in welcher der Aberglaube und Aberglauben, die Unzulänglichkeit und die Selbstsucht sich zur Bekämpfung der Freiheit und der Aufklärung rufen. Doch wie so oft schon diese beiden lichten alle übrigen finsternen Mächte besiegt haben, hoffen wir, daß sie auch diesmal das Befreiungswerk vollbringen und den vom „Vaterland“ propagirten und von den raffendstämpfenden Zünftlern gepriesenen „neuen Geist“ nicht nur aus dem Rathhause, sondern aus der ganzen Welt vertreiben werden!

Charakteristisch aber ist, daß mehrere Hauptstreiter unter den Antisemiten — z. B. die Herren Schneider und Dammstädter — noch vor gar nicht langer Zeit eifrige Apostel waren für die alleinseligmachende Lehre des heiligen Johannes — Kof.

— Soziales aus England. Deutschen Zeitungen wird aus London unterm 6. ds. geschrieben:

„Die große Geschäftsstille in allen Zweigen der Industrie dauert fort, und mit ihr steigt die Roth unter den arbeitenden Klassen, welche die verschiedenen philanthropischen Gesellschaften durch Errichtung von Suppenküchen (Die letzte Weisheit der Bourgeoisie! Red. des „S. D.“) entgegenzutreten suchen. Am schwersten leiden unter dieser Krisis die in der Kessel- und eisernen Schiffbau-Branche beschäftigten Arbeiter, von denen jetzt so viele außer Arbeit sind, daß die United Society of Vollermaen and Iron Shipbuilders im Laufe der letzten Monate an arbeitslose Mitglieder nicht weniger als für 18.784 an Unterstützungen gezahlt hat, wozu noch für 20.000 an Krankengeldern kommen, so daß dieser Verein allein, allerdings der größte dieser Art in Großbritannien, in einem einzigen Vierteljahre nahezu 800.000 Mark für seine arbeitslosen und theilweise wohl in Folge der Arbeitslosigkeit, (Sehr richtig! Red. des „S. D.“) kranken Mitglieder vorausgibt hat. Andere Gewerkschaften zahlen im Verhältniß ähnliche Summen aus, so daß die Fonds dieser Kassen stark leiden und einen längeren Druck kaum werden ertragen können. Dabei dauern die Lohnherabsetzungen noch immer fort, zumal in denjenigen Gewerkschaften, in denen die Arbeiter sich nicht zu Vereinen zusammengefaßt haben. So wurden erst in voriger Woche die Löhne der Landarbeiter in der Grafschaft Kent, die durchschnittlich kaum 12 Sch. die Woche verdienen, um 2 Sch. pro Woche reduziert, obwohl einer der Farmer, der selbst Arbeiter gewesen war, energisch dagegen protestirte, indem er frag, wie es denn möglich sei, daß ein Arbeiter mit Familie von 12 Sch. die Woche leben könne, wovon er 2 Sch. Miete, 6 d. Schulgeld und ebenjowenig an die Kaufmannschaft zu zahlen habe, so daß ihm nur etwa 9 Sch. für seine übrigen Bedürfnisse übrig bleiben.“

Auf diese Frage ist, wie die Londoner „Justice“ schreibt, die Antwort gegeben worden, daß ja jetzt die Lebensmittel so billig seien wie seit Langem nicht. „Dies beweist“, schreibt das Organ der englischen Sozialisten, „daß billige Lebensmittel für den Arbeiter niedrige Löhne bedeuten.“

Können sich unsere deutschen Freihändler merken, die da meinen, mit „billig in Brod“ allein die soziale Frage zu lösen. Damit wollen wir natürlich nicht den agrarischen Schwärmern für Kornzölle das Wort reden, die den Arbeitern die niedrigen Löhne das Brod noch verhewern wollen.

Kun aber zur obigen Korrespondenz zurück; sie ist in mehr als einer Beziehung interessant.

In Bezug auf die Geschäftslosigkeit in England bestätigt sie nur das, was wir wiederholt berichtet. Aber sie bestätigt noch mehr. Es ist ganz richtig, daß die Arbeiter da, wo sie nicht organisiert sind, den Druck der Krisis weit schneller zu fühlen bekommen als ihre organisirten Kollegen, und dies mögen sich namentlich die gefagt sein lassen, welche auf die gewerkschaftlichen Koalitionen der Arbeiter hochmüthig herabsehen; aber es ist auch nicht minder richtig, daß auch die besten Verbände, als reine Fachorganisationen, auf die Dauer nicht im Stande sind, ihre Angehörigen gegen die Wirkungen der bei der heutigen Produktionsweise unausbleiblichen Krisen zu schützen. Der Satz von den „wohl in Folge der Arbeitslosigkeit kranken“ Mitgliedern spricht ganze Bände. Wenn es erst gelingt, die englischen Arbeiter zu überzeugen, daß ihre Gewerksvereine ihnen den Schutz nicht verschaffen können, den sie von denselben erwarten, dann hat der Sozialismus gewonnen Spiel.

Und es hat allen Kaichin, als ob es in dieser Beziehung vorwärts gehen soll, als ob die Agitation der sozialdemokratischen Federation auf immer günstigeren Boden fällt. So lesen wir in der neuesten Nummer der „Justice“, daß am 1. Dezember in Glasgow eine große Volksversammlung zu Gunsten der Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei stattfand und daß, als der Referent, D. R. Dymann, erklärte, er stehe nicht da als Reformist, sondern als Sozialist und Revolutionär, donnernder Applaus losbrach. Vor 3 Jahren noch hätte man das für unmöglich gehalten.

Eine äußerst eifrige Agitation entfaltet die Federation in London. Woche für Woche werden Berammlungen in den verschiedenen Stadtvierteln abgehalten, Sonntags Ansprachen in den öffentlichen Parks veranstaltet, neuerdings hat man auch Abendunterhaltungen zu Gunsten des Agitationsfonds eingeführt, sowie verschiedene Kurse zur theoretischen Auszubildung der Mitglieder. Den Anfang macht ein Kursus des Genossen Kelling über politische Oekonomie. In der neuesten Nummer der „Justice“ veröffentlicht das Komitee der Partei die Liste ihrer Redner, die zur Agitation bereit sind, und die Themat, über welche dieselbe zu referiren geneigt sind. Es sind im Ganzen 19 Redner und 82 Themat. Zur Charakteristik des Geistes der Bewegung wollen wir einige hier anführen:

„Nützliche Arbeit wider nutzlose Plage“ (William Morris); „Die Politik des armen Mannes“ (E. R. Geldert); „Revolution“ (D. Dwyer); „Sozialismus und Freidenker“, „Geschichte der Fabrikgesetz“, „Karl Marx“ (Ed. Kelling); „Englands Pflicht gegen Irland“, „Die zukünftige Republik“ (D. D. Champion); „Kasmanderung“, „Was ich 1882 in Egypten sah“ (E. E. Fitzgerald); „Die historische Entwicklung des Sozialismus“, „Die Internationale“ (E. Belfort Bar); „Die Methode, wie man die Arbeiter herand“ (J. E. Ragon); „Der Sozialismus und Radikalismus“, „Der Sozialismus, ein Gesetz der Entwicklung“, „Bodenrente und Arbeitslohn“ (D. R. Dymann); „Das kapitalistische Produktions- und Bevölkerungsgezet“, „Soziale Reform und soziale Revolution“, „Regierung und Staat wider Organisation“ (W. J. Carl).

Bei so viel Eifer, und wo die Verhältnisse eine so deutliche Sprache reden, können Erfolge nicht ausbleiben.

— Höherer Bildungsinn. Thoralb, der Hohenzollern Anführer unter Christi Kreuz, das ist der vielversprechende Titel eines Werkes, das die Verlagsfirma Gotta dem gebildeten deutschen Publikum — denn die an den Werken unserer Klassiker zu Millionen gewordenen Herren von Gotta verlegen nur für die „gebildeten Stände“ — um den Preis von 15 Mark bietet. Und in der That, der Inhalt des Werkes muß dem Titel alle Ehre machen, denn in der Anzeige heißt es weiter:

„Das vorliegende Werk beschäftigt sich mit dem Problem der künstlerischen Darstellung des Menschen, welcher Gott sucht. Abweichend von seinen vielen Vorgängern auf diesem Gebiet, entschied sich der Verfasser, die Aufgabe — das Finden Gottes — auf historischem Wege zu lösen. Die tief religiöse angelegte Natur des Menschen, welchen er schütert, findet ihre Befriedigung durch die persönliche Begegnung mit Gott, d. h. mit Jesus Christus während der Lebenszeit zu Jerusalem. Die durch einen kurzen, aber hoch bedeutsamen Vorleser mit dem Heiland gegebene Auszeichnung machte Verfasser niemand Anderem als einem Deutschen und unter diesen nur seinem Königs-hause gönnen. — So ist das die ganze antike Welt umfassende Lebensbild zugleich patriotischer Roman und realistisch durchgeführte Messade.“

Man wäre fast versucht, an eine Satyre auf die jetzt grassirenden und bei dem gebildeten Publikum so beliebten „kulturbistorischen Romane“ zu glauben, aber damit würde man dem biederen Oskar Gutsche — dies der Name des genialen Verfassers — bitter Unrecht thun. Es ist ihm zweifelsohne sehr Ernst mit seiner „patriotischen Messade“, für die es ja auch an „berühmten Rüstern“ nicht fehlt. Er hat eben den in der heutigen „schönen Literatur“ herrschenden Byzantinismus nur um einen Grad weiter entwickelt, und es ist nicht sein Verdienst, wenn er ihn damit in seiner vollen Lächerlichkeit nachgewiesen hat. Der Hohenzollern-Kultus und der patriotische Schwunzel müssen notwendigerweise auf solche Produkte des höheren Blödsinns hinauslaufen. Und wospigemerkt, nicht daß so etwas geschrieben wird, ist das Bezeichnende, sondern daß es gedruckt und verlegt wird, — obendrein von einem Verleger, der den Markt, das heißt das laufende Publikum, genau kennt.

— Ueberproduktion und Arbeitslosigkeit. In der „Newporter Volkszeitung“ vom 14. November lesen wir:

„In der Singer'schen Nähmaschinenfabrik in Elizabethport N. J. wurden im Laufe dieser Woche 1200 Arbeiter entlassen und es steht zu erwarten, daß in nächster Woche noch weitere 1000 Mann beschäftigungslos werden. Es wurde früher um diese Jahreszeit gewöhnlich Ueberzeit gearbeitet. Doch sind kürzlich so viele „Family“-Nähmaschinen produziert worden, daß Tausende derselben in der Fabrik auf Lager sind und keinen Absatz finden. Es wurden wöchentlich ca. 5000 „Family“-Nähmaschinen angefertigt, und diese Ueberproduktion hat nun die Entlassung der Arbeiter zur Folge.“

Eindringlicher als durch diese kleine „Vokalnotiz“ kann die Rothwendigkeit des Maximalarbeitstages gar nicht gepredigt werden.

— Vom Arbeitsmarkt. Aus Halle a. d. Saale schreibt uns ein Genosse:

„Hier sind jetzt Hunderte infolge der Krisis in der Zuckerindustrie arbeitslos; wie das den Winter über werden soll, ist gar nicht abzusehen. Die Blätter wollen den Notstand aus der Welt läugnen und die Polizei jagt jede Berammlungen von Arbeitslosen auseinander.“ Die alte Vogel-Strauß-Politik!

Dieser Brief erhält eine indirekte Bestätigung durch die vom Vorstand der Arbeitskolonie Seyda veröffentlichte „Weihnachtsbitte“. — Täglich, heißt es, „strömen“ noch Dutzende herbei, die leider gezwungen sind, ihren Wanderstab weiterzuführen. Man sieht also, bemerkt dazu die „Berl. Volksg.“, daß trotz des gepriesenen wirtschaftlichen Aufschwunges und trotz der noch mehr gepriesenen Sozialreform in Deutschland die Arbeitsverhältnisse sich doch nicht gebessert haben. Wenn in diesem Sommer die konservativen Blätter unserer Provinz stolz darauf hinweisen, daß kaum 80 Arbeitslose in Seyda vorhanden seien und noch gegen 60 Plätze leer ständen, so war das kein Beweis für genügende Arbeitsgelegenheit in unserer Provinz, vielmehr ein Beweis für die Unlust der Arbeiter, gerade in Seyda Hilfe zu suchen. Die „Volksg.“ hat damals schon einige Bemerkungen über die überaus harte und sehr wenig lohnende Arbeit in Seyda gemacht, sie hat ferner auf die übermäßigen Betäubungen und die orthodoxen Bestrebungen überhaupt, die in Seyda vorherrschen, damals hingewiesen, welche die Arbeiter abhielten, nach Seyda zu gehen. Wenn im Frühjahr und Sommer die Sonne herrlich über den Fluren leuchtet, wenn der Vogel Lied erklingt, und wenn sich dazu noch ab und zu noch eine milde Hand öffnet und die Natur selbst zum freien, unentgeltlichen Nachquartier einlädt, so ist es sicherlich begreiflich, daß sich zahlreiche Arbeitslose finden werden, die dieser Einladung lieber Folge leisten, als der einer orthodoxen Geistlichkeit zu überhart Arbeit und nutzloser Religionsübung. Jetzt natürlich, bei Regen, Schnee und Kälte liegt die Sache anders. Da nimmt Jeder Obdach, wo er es findet, in Seyda, in jedem anderen Arbeitshaus oder in Gefängnissen, lieber in letzteren noch, als in den Arbeitshäusern. Also ein Beweis von der Güte der Seydaer Kolonie ist das massenhafte Zustromen Arbeitsuchender nicht, nur ein Beweis von der parteijohenden Roth.

— Oesterreich. Zu dem in voriger Nummer erwähnten Anarchistenprozess schreibt die „Wahrheit“:

„Einhundert und fünf Jahre schweren Kerker! Dies die Gesamtsumme der in dem verflochtenen Bunde vor dem Ausnahmegerichte zu Wien stattgehabten Anarchistenprozesse verurtheilten 18 Angeklagten. Einhundert und fünf Jahre! Das Blut will uns erstarren bei Niederschreibung dieses für die Betroffenen so schrecklichen Verdictes.

Wir sind und waren jederzeit erditterte Gegner der anarchischen Taktik und dennoch zieht es uns das Herz kampfhaft zusammen. Einhundert und fünf Jahre schweren Kerker für Männer, in denen wir durchaus nichts Anderes erblicken können, als unbedingte Schwäche Werkzeuge jener traurigen Selben, die sich außerhalb der Schutzlinie bewegen und dort aus dem sicheren Hinterhalte der Schüre...

Keiner wollte Anarchist sein, noch der sozialistischen Bewegung früher angehört haben. Der Angeklagte B. ninger machte sogar auf die Frage des Vorsitzenden, worin die Korrekturen bestanden, welche er als Zeuge zum Andrusse an Stellmacher gemacht, die in dem Munde eines solchen Angeklagten gewiss eigentümliche und bezeichnende Bemerkung: „Ich habe den Nachruf mit dem Phrasenstraume der „Freiheit“ versehen!“

Arme, bedauernswürdige Opfer, denen erst in der Gefangenschaft das Gefährliche ihres Thuns und Treibens eingeleuchtet schien, die vordem im Rauhe des phrasenhaften Romantismus geschweigt, wie hart, wie bitter mag sie nunmehr die Wirklichkeit peinigen!

Zur Zeit spielt sich noch ein Anarchistenprozess in Pest ab, als Nachspiel des Kammerer-Stellmacher-Prozesses. Aus Siernberg in Röhren wird die Verhaftung von vier Personen gemeldet, welche ein anarchisches Manifestentwurf geplant haben sollen.

— Frankreich. Am letzten Sonntag fand in Paris eine zweite Versammlung zur Erörterung der Frage der Arbeitslosen statt, und auch in dieser sorgten die Anarchisten dafür, daß es an dem nötigen Tumult nicht fehlte.

Neben diese und die erste Versammlung geht uns von einem Genossen, der als aufmerksamer Beobachter den Vorgängen in Paris folgt, ein eingehender Bericht zu, nach welchem wir nachstehende Mitteilungen entnehmen:

Die Versammlung im Saale Levis am 23. November war von der kollektivistischen Gruppe des 17. Arrondissements einberufen, der sich mehrere Fachvereine und einige Arbeitergruppen angeschlossen hatten. Die Arbeiterpartei und die Blanquisten hatten ihre Beteiligung zugesagt, wollten aber die Leitung der Arbeitslosen selbst übernehmen. Insofern die Anarchisten oder wenigstens die Polizei dachte anders.

Die allgemeinen Wahlen stehen vor der Thüre, und Jerry und die Opportunisten setzen Alles daran, am Ruder zu bleiben. Um 3. U. die Bauern zu gewinnen, haben sie einen Einfuhrzoll von 2 Franken auf den Saad fremden Getreides vorgeschlagen. Wie bedroht sie sich fühlen, geht daraus hervor, daß der Handelsminister Rouvier, ein entragter Freihändler, diesem Vorschlag zugestimmt hat. Das Meeting der Arbeitslosen sollte ihnen nun Gelegenheit zu einer kleinen Staatsretterei geben, deshalb sandten sie ihren ganzen Vorrath von Agenten provocateurs hin, welche in den anarchischen „Gruppen“ Provokation spielten.

Neben dem Verlauf der Versammlung hat der „Sozialdemokrat“ bereits in voriger Nummer berichtet, hier sei nur soviel hinzugefügt, daß das Polizeikommando nur deshalb mißlang, weil die Arbeiter trotz aller provokatorischen Reben sich nicht zur berühmten „Propaganda der That“ verleiten ließen.

Daß die gewissenlose Handlungsweise der Anarchisten schon in allen nichtanarchistischen Kreisen der Arbeiterbewegung große Erbitterung hervorgerufen, so steigerte sich dieselbe noch, als die Entlassung Duvalles' demies, daß die Art, wie diese Herren die Arbeitslosenfrage behandelten, Niemandem erwünschter war als der Polizei des Herrn Jerry. Die kollektivistischen und blanquistischen Gruppen sandten namentlich gleichfalls Delegationen in die Kommission der Arbeitslosen Angelegenheit, so daß die selbe schließlich 80 Mitglieder zählte, darunter etwa 20 Anarchisten. Man einigte sich darüber, eine zweite Versammlung der Arbeitslosen einzuuberufen, und beschloß, mit allen Stimmen gegen die der Anarchisten, dieser Versammlung nachstehende Resolution zu unterbreiten:

„In Erwägung, daß trotz aller Provokationen und Gewaltthatigkeiten der Regierung die im Saale Levis von den Arbeitslosen begonnene Bewegung fortbauert und anwächst und so die ständische Ablehnung der Rekrutierung von Seiten der politischen und journalistischen Vertreter der Bourgeoisie in schlagender Weise Lügen strast;

„In Erwägung der verbrecherischen Gleichgültigkeit, welche die Regierung der republikanischen Bourgeoisie zu beobachten fortfährt;

„In Erwägung, daß diese verbrecherische Unthätigkeit nur besiegt werden kann durch den Druck der Volksmassen, dadurch daß dieselben den öffentlichen Gewalten — nicht die soziale Umwandlung, die nur das Werk einer Revolution sein kann, wohl aber Existenzmittel für die Opfer der kapitalistischen Ordnung abzugeben;

„Fordert die Versammlung auf Vorschlag der Organisationskommission die Exekutivgewalt, die Kammer und den Gemeinderath auf, folgende Maßregeln unverzüglich in die Hand zu nehmen:

1) den Arbeitslosen auf 8 Stunden zu reduzieren und dafür zu sorgen, daß dem Dekret von 1848, welches die Nachtarbeit verbietet, Folge geleistet werde;

2) dem Lottis der Stadt Paris Gefesekraft zu verleihen und diese Maßregel auf alle Arbeitslosen auszuweihen;

3) die Bezahlung der Mietzins auf 500 Franken für die Dauer der Krisis zu fixieren und die leerstehenden Wohnungen mit Beschlag zu belegen;

4) unverzüglich alle Arbeiten in die Hand zu nehmen, welche durch die Entwicklung der Stadt Paris und die sanitären Verhältnisse derselben notwendig geworden sind;

5) den dringenden Bedürfnissen durch einen Kredit von 500 Millionen zu entsprechen, welche von dem Budget für die Verzinsung der Staatsschuld abzugeben und den in einem allgemeinen Syndikat vereinigten Pariser Arbeiterorganisationen zur Verfügung zu stellen sind.

Außerdem schlägt die Organisationskommission der Versammlung vor, diese Forderung durch, aus ihrer Mitte und unter ihrer Verantwortlichkeit zu ernählende Delegation den politischen Nachhabern und Betrügnungsleupern zu übergeben.

Diese Delegationen sollen einem zweiten Meeting, das durch die Presse bekannt gemacht werden wird, Bericht erstatten.“

Dies die Resolution.

Des Weitern wählte die Kommission fünf Mitglieder als Exekutivkomite, welche die Versammlung eröffnen sollten. Während darüber verließen die Anarchisten namentlich die Sitzung und schrien, sie werden sich in der Versammlung schon zu rächen wissen.

Der Anfang der Versammlung schien ihnen freilich nicht sehr günstig. Schon vor der Eröffnung versuchten sie das Bureau mit Gewalt in Beschlag zu nehmen, aber vergeblich. Die Versammlung genehmigte die Beschlüsse der Kommission, indem sie Baillant zum Vorsitzenden ernannte. Die Anarchisten hatten inzwischen von Seiten der Polizei Verhaftung erhalten — Rouviers und Louis hatten ihnen jetzt, einen zweiten Sturm auf das Bureau zu veranstalten. Ein zahlreiches Handgemenge entwickelte sich — die Anarchisten wurden zum zweiten Male zurückgeschlagen. Jetzt theilten sie sich in zwei Bänden: die Einen ließen auf die beiden Gallerien über der Tribüne, die Andern versuchten auf's Neue das Bureau von unten zu erstürmen, während die Oberstehenden das Bureau mit Säulen, Brettern, Stühlen u. d. d. bombardirten. So von zwei Seiten bedrängt, mußten die Sozialisten zunächst das Bureau räumen. Damit hätte der Kampf um das Bureau nun schwerlich ein Ende gehabt, wenn die Anarchisten, welche das Kritische der Situation empfanden, nicht klug genug gewesen wären, schleunigst Baillant als Referenten der Kommission das Wort zu geben. Die Versammlung sollte seinem Referat und der Resolution lebhaften Beifall, woraus die nicht anarchischen Mitglieder der Kommission — 55 an Zahl — die Versammlung verließen. Diese Kommission wird namentlich, wie sie in einer noch am selben Abend vereinbarten Bekanntmachung erklärt, unter Ausschluß der Anarchisten ihre Arbeiten fortführen. Die Absicht der Regierung, die Bewegung, welche an Ausdehnung gewinnt und ihr fatal werden könnte, zu dämmen, wird nicht gelingen, im Gegentheil dürften sich viele Gruppen der jetzt anstehenden, welche sich bisher fernhielten, weil sie mit den Anarchisten nichts zu thun haben wollen. Das Manöver, welches die Anarchisten am letzten Sonntag vollführten, gelang eben auch nur einmal.

Die Polizei hat der sozialistisch-revolutionären Partei wider Willen zwei große Dienste geleistet. Erstens ist ihre Seelensverwandtschaft mit den Anarchisten jetzt so offenkundig, daß diese allen Kredit bei der über-

gen Arbeiterschaft eingebüßt haben, und zweitens begreifen alle revolutionär sozialistischen Parteien die Nothwendigkeit, ihre Zwistigkeiten und Differenzen zu vergessen, und sich zu vereinigen wider Polizei und Anarchie, die überhaupt nur möglich ist, so lange die Jermwürnisse unter den Sozialisten selbst fortbauern.

— Aus Pforzheim erhalten wir eine von einer größeren Anzahl Genossen unterzeichnete Zuschrift, in welcher, entgegen der Erklärung Babel's in Nr. 43 unseres Blattes, die Behauptung aufrechterhalten wird, daß Wanrmüller ein Negativ unserer Sache sei. Von einer wörtlichen Wiedergabe dieser, übrigens durchaus sachlich und würdig gehaltenen Erklärung glauben wir zunächst absehen zu können, da die Angelegenheit doch eigentlich nur ein lokales Interesse hat; wir denken vielmehr, am zweckmäßigsten zu verfahren, wenn wir die Zuschrift der Parteivertretung überlassen behufs Einlegung eines Schiedsgerichtes, da Behauptung gegen Behauptung steht; wobei wir übrigens keinen Augenblick verkennen, daß die Einsender im Prinzip Recht haben, wenn sie für lokale Angelegenheiten die größere Kompetenz für sich zunächst beanspruchen.

Korrespondenzen.

Schlebusch, Kreis Solingen. Auch in unserm Ort, wo der Einfluß der Schwarzten noch ein undeckter ist, haben wir es diesmal ein tüchtig Stück vorwärts gebracht. Unser Kandidat, Georg Schumacher, erhielt 157 Stimmen gegen 84 Stimmen vor drei Jahren.

Karlsruhe. Wegen Verbreitung unseres Bahiflugblattes sind hier vier Genossen verurtheilt worden: zwei zu drei Wochen und zwei zu acht Wochen Gefängnis. Die Herren Richter nahmen an, daß die Verbreiter das in Leipzig erfolgte Verbot gekannt hätten, obwohl unser Flugblatt, das bereits am 5. Oktober verbreitet worden war, erst am 14. Oktober vom hiesigen Landeskommissar verboten worden ist! Unser Staatsanwalt ist aber ein gar strebamer Mann, ein gewaltiger Sozialistensprecher vor dem Herrn, und wer ihm in die Finger kommt, ist geliebt.

Doch es wird ihm nichts helfen; wir arbeiten unverzagt weiter. — m.

Angsburg. 3. Dezember. Am 25. vorigen Monats wurde Genosse Heining er aus Heubach nach schwächlicher Untersuchungshaft zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt wegen Verdachts, verbotene Schriften verbreitet zu haben.

Gefunden wurden bei ihm gelegentlich einer auf Denunziation erfolgten Hausdurchsuchung verschiedene Schriften und 11 Exemplare der Nr. 33 des „Sozialdemokrat“.

Bei der Verhandlung zeigte sich der Epistel Dbia wieder besonders aus. Dem kommt es bekanntlich auf einen Dienst — ein mehr oder weniger nicht an. So beschwor er, die Schumacher-Wanderunterstützungskasse sei identisch mit der Sozialdemokratie! Der Staatsanwalt schwächte die Aussagen der Entlastungszeugen dadurch ab, daß er erklärte, die Sozialdemokraten seien durch die „Freiheit“ über den „Sozialdemokrat“ — er wisse es nicht mehr genau — instruiert, vor Gericht nie die Wahrheit zu sagen. — Ein heiterer Staatsretter, nicht wahr?

Bern. 7. Dezember. Sonntag den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, findet im Café Rütli die Wahltagfeier aus Anlaß der Erfolge unserer Genossen in Deutschland statt.

Die schweizerischen wie deutschen Arbeitervereine haben ihre Beteiligung zugesagt. Neben dem politischen Theil — Prolog und Festrede — wird auch der Unterhaltung durch Gesang und Theateraufführung Rechnung getragen werden. Zur Aufführung gelangen: „Die Tochter des Staatsanwalts“, und „Die Geschwister“ (eine dramatische Episode aus dem Berliner Wahlkampf). Eintritt nach Belieben.

Außerdem haben wir auch einen Sieg zu verzeichnen: die Vereinigung des deutschen Arbeitervereins mit der Partei mitgliederschaft. Zum erstenmal wirken die Genossen gemeinschaftlich, was auch für die Zukunft ein erfreuliches Resultat verspricht. Genossen, sorgt für zahlreichem Besuch!

London. Am Dienstag den 25. November fand im Lokale des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen“. Der Referent, Genosse Hoffmann, besprach zunächst die Parteiverhältnisse vor und nach dem 1876er Gesetze. Er hob hervor, daß schon vor 1878 die Reichsregierung versucht hat, größere Gewalten zum Zwecke der Repression in die Hände zu bekommen (Strafgesetznovelle), schilderte sodann die durch die Ausführung des Ausnahmegesetzes geschaffenen Zustände, und bemerkte, daß in Folge der Ausweisungen, Unterdrückung der Zeitungen und Repressionsmaßregeln aller Art jedenfalls für kurze Zeit ein Stillstand, eine Stauung der Bewegung habe konstatirt werden müssen. Diefelbe sei aber darnach um so stärker vorwärtsgedrungen. Die Kisten, die sich 1881 noch in der Organisation gezeigt, seien ausgefüllt, mit welchem Resultate, das haben die Wahlen vom 28. Oktober gezeigt. Redner geht sodann auf eine Besprechung der Gründe ein, aus denen sich die Sozialdemokratie an den Wahlen theilhaftig und hebt hervor, daß die Wahlperiode eine gute Gelegenheit zur Aufrechterhaltung des Volkes sei. Redner glaubt nicht, daß auf friedlichem Wege definitive Erfolge erzielt werden würden, befreit aber auch ganz entschieden, daß wir auf dem Wege des Kampfes zum Ziele kommen können, wenn nicht vorher unsere Ideen und Prinzipien in den weitesten Kreisen verbreitet seien. Redner geht sodann in eine längere Polemik gegen anarchische Theorie und Praxis ein, während welcher die in der Versammlung anwesenden Anarchisten in der energischsten Weise in Abrede stellen, daß sie Johann Most als „Führer“ anerkennen, oder daß seine Ideen irgendwie für sie maßgebend seien.

Herr Peukert (aus Wien) kann in dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen keinen Sieg sehen; nur die Mittelparteien hätten verloren, und die Sozialdemokraten seien sowohl in den Stichwahlen als in der Hauptwahl nicht nur von Kleinbürgern, sondern auch von der Bourgeoisie unterstützt worden, weil die Sozialdemokratie nicht mehr gefährlich sei. Vor dem Gesetz seien die Verfolgungen größer und härter gewesen, aber der Druck des Ausnahmegesetzes sei sehr widerständig für gewisse Leute, die unter dem Schutze desselben alle ihnen widerstrebenden Elemente niederhalten könnten. Das allgemeine Wahlrecht, welches, wie Redner sagt, von der deutschen Bourgeoisie eingeführt sei, sei nur ein Abwaschmittel für das Bischen Energie, was noch im Solle stehe. Die Anarchisten, die weit härter verfolgt werden als die Sozialisten, seien prinzipielle Gegner jedes politischen oder Reform-Vorbahns. Gewalt allein führe zum Ziele, nicht Wählen, und Gewalt müsse nicht nur gepredigt, sondern ausgeübt werden. Die Sozialdemokratie Deutschlands neige ganz bedenklich zu der Klasse der Kleinbürger hin, was sich in ihrem ganzen Auftreten zeige. Redner bedauert sich dann darüber, daß die „Führer“ systematisch alles Anarchistische von der Waffe der Partei fernhielten, die anarchischen Professoren nicht überseht und verbreitet hätten u. s. w.

Genosse Radow bedt die verschiedenen Aehnlichkeiten auf, die der Herr Peukert heute Abend aufgeführt. Er vermahnt sich gegen den Vorwurf, daß wir blinde Nachläufer seien, sondern die Masse der Partei sei mit den augenblicklich im Vorderstehen stehenden Genossen, die man gewöhnlich „Führer“ nenne, in ihrer Gesamthaltung durchaus einverstanden, was sich aus den verschiedensten Thatfachen beweisen lasse. Daß die Strafen ihrem Quantum nach unter dem Gesetz kleiner wie vorher seien,*)

*) Genosse Radow ist hier auf eine der vielen anarchischen Flühen hingewiesen; es ist einfach nicht wahr, daß die Strafen jetzt geringer seien als vor dem Sozialistengesetz. Doch wir unsere Genossen nicht unthätig den Behörden in die Hände liefern, kann uns eben nur ein Peukert vorwerfen, dessen Verdienste in Punkte Verurteilung hoher Strafen und schärferer Verfolgungen allerdings über jeden Zweifel erhaben sind. Niemand wird dem Freunde des Fürsten Reichthum das Zeugnis verweigern, daß er sich in Wien als ein sehr gefährlicher Mensch bewiesen hat; war weder der österreichischen Regierung, noch der österreichischen Bourgeoisie, aber doch wenigstens der österreichischen Arbeiterbewegung gefährlich!

erkläre sich sehr einfach daraus, daß keine Zeitungen mehr existiren, an denen sich die Redakteure die Strafen zuschieben können, und die private, sozialgen geheimer Agitation sei im Ganzen und Großen mit weit weniger Opfern verbunden. Redner bespricht die Berufungen Kaufmann's in Hannover und Jben's in Frankfurt a. M., und erklärt, daß das allgemeine Wahlrecht von Bismarck eingeführt sei, gegen die Bourgeoisie, nicht, wie der Herr Peukert meine, von der Bourgeoisie. Redner erkennt an, daß die Kampfweise in verschiedenen Ländern eine verschiedene sein könne und sein müsse, daß aber Jeder, der mit der Geschichte der letzten Jahre vertraut sei, erkennen könne, daß die Anarchisten nicht sowohl gegen Regierung und Bourgeoisie, als gegen die Sozialdemokratie kämpfen. Bürger Radow spricht sich dahin aus, daß die deutschen Arbeiter aus drei Gründen sich an den Wahlen theilhaftig müssen, einmal wegen der Propaganda, die vor, während und durch die Wahl gemacht werden könne, zweitens, um einen Ueberblick zu haben über die Zahl der zu Lebenden, und dann, um praktisch zu beweisen, daß es mit dem Parlamentarismus nichts ist, was eben nur dadurch geschehen könne, daß man ins Parlament ginge, und durch positive Anträge, deren Berechtigung und Zweckmäßigkeit sich nicht abstreiten lasse, die Vertreter der Bourgeoisie zwingt, Farbe zu bekennen und sich in den Augen derer, die noch an sie glauben, zu diskreditiren.

Aus der längeren Debatte ist noch eine Aeußerung eines Oesterreichers (Anarchisten) bemerkenswerth, der seinem Erkennen Ausdruck gab, daß in der Londoner Gruppe gar keine Organisation sei, und erwähnte, daß wenn der Wiener Staatsanwalt wüßte, wie harmlos die Londoner seien, er wohl keineswegs Wiener Arbeiter nur wegen Verbindung mit London zu 4 Jahren Kerker habe verurtheilen lassen.

Die von sozialdemokratischer Seite gestellte Resolution wurde mit 88 gegen 60 Stimmen angenommen. C. V.

Nachruf.

Am 20. November verstarb nach längeren Leiden unser Genosse Robert Breitbarth, Schriftföher, im Alter von 31 Jahren an der Lungenschwindsucht. Breitbarth war seit Jahren ein opfermüthiger Kämpfer für unsere gerechte Sache. Wir verlieren in ihm einen wackeren und treuen Genossen. Ehre seinem Andenken!

Die Parteigenossen von Dresden und Umgebung.

Quittung.

Nr. 43 — pr. Wahlfond nebst herzlichem Glückwünsch unseren deutschen Brüdern zu dem unerwarteten Wahlsieg von den Genossen Dufareff's durch Lehmann.

Briefkasten.

Der Redaktion: A. B. in London: Das „Abschiedsgeheim“ haben wir seinerzeit erhalten; es enthält recht hübsche Gedanken, ist aber zum Abdruck nicht geeignet. — Gr. in München: Zuschrift erhalten. In nächster Nr. — Freund in München: Ihre sehr beachtenswerthen Vorschläge verdienen ganz gewiß Berücksichtigung. Wie Sie aus der heutigen Nummer ersieht, ist die Frage bereits von anderer Seite in Angriff genommen worden. Sobald die betr. Artikel zu Ende, werden wir Ihre Zuschrift abdrucken.

Der Expedition: Ratilbe: Nr. 65 05 à Cto. erh. Bl. Gewünscht. R. erwidert besten. — K. Hüne, R. Hof: Nr. 50 65 (10 Doll.) à Cto. gutgeh. und P. R. entsprechend gebucht. — Red. of Bl. K. Hüne: Nr. 7 20 Ab. bis Ende März 85 erh. — Schw. R. D. Sch.: Nr. 5 — und Swf. 1 — à Cto. gutgeh. Neuere Hgbl. bitten nennen. Ref. am. begeh. — C. H. Lund: Nr. 3 — Ab. 4. Cu. erh. Jhnen 50 Cts. pr. 1. Cu. 85 gutkommend. — Stbg.: Wie Sie sehen, besorgt. — D. Ch. London: 50 Cts. für die. Expre. und Porto erh. — Feuerländer: Nr. 50 — 4 Cto. Ab. 3. Cu. erh. Hgbl. folgt. Extrabl. zu stets prompter Orientirung. — Dreyfuß i. L.: Nr. 58 40 Ab. 4. Cu. und Garbz. gutgeh. Ab. u. Mehrzahl. notirt. Vermisches folgt. — P. R. Schw. R. 3 — Ab. 4. Cu. erh. — R. D. Hrg.: Swf. 5 70 à Cto. Schft. erh. Hgbl. ic. fort. — Ch. F. Hrg. Stbg.: Nr. 3 — Ab. 4. Cu. erh. — R. H. Montreux: Nr. 2 — Ab. 4. Cu. erh. — Morgenroth R.: Nr. 14 — à Cto. Ab. 4. Cu. erh. Ab. notirt. — Hm. Hg.: Nr. 6 — Ab. 1. u. 2. Cu. erh. — L. Dtr. Abg.: Nr. 6 — Abon. 3. u. 4. Cu. erh. — S. Gr. Hrg.: Nr. 3 — Ab. 4. Cu. erh. — B. H. St.: 50 Pf. Porto erh. Wird besorgt. — Urgebl.: 60 Pf. Porto ic. erh. Am 6/12. abgeh. — Kuprecht: Nr. 20 — à Cto. Ab. 4. Cu. und Hg. vom 30 11. erh. Ab. ic. notirt. Hg. Bl. 20! — Spekt: Swf. 3 03 (Fr. 6 21) pr. Hgd. d. „A. M. Chronik“ dfa. erh. — Michel Stieber: Nr. 168 — à Cto. nach Vorschr. getheilt gutgeh. Weiteres li. Ausg. u. Hg. — L. d. B. Kmn.: Nr. 9 10 für Hgd. ic. erh. — H. Hrg. Kymul.: Nr. 5 10 f. Schft. erh. — Fr. L. D.: Nr. 3 — Ab. ab 1. Kov. bis Ende Febr. 85 erh. — Dr. G. H. B.: Nr. 5 75 Ab. 1. Cu. 85, Schft. und Inf. erh. — Weiteres Hg. — D. B. H.: Nr. 3 — Ab. 1. Kov. 84 bis Ende Febr. 85. — C. E. Hrg.: Nr. 4 — durch R. pr. Hgd. dfa. erh. — C. Lppg. Strg.: Nr. 3 — Ab. 4. Cu. erh. — Ferd. Brf. v. 8. erh.

Von München nach Paris gut passiert. Besten Gruß und Dank!

[35 bez.]

Zentralniederlage sozialistischer Schriften in Amerika

(Zentrale der Volksbuchhandlung)

empfeilt sich den Genossen in den Vereinigten Staaten zum Bezug aller sozialistischen Literatur.

Es wird zu denselben Bedingungen geliefert wie von der Schweiz aus. Man schreibe für Kataloge an:

A. Hühne, New-York, 184 William Street care of „New-York Volkszeitung“

London Commun. Arb.-Bildungs-Verein

49 Tottenham Str. Tottenham Court Road W.

Das Clublokal ist für Mitglieder und zureichende Genossen geöffnet täglich von Morgens 9 Uhr bis Abends 12 Uhr. Zureichende Genossen werden ersucht, auf unsere Adresse genau zu achten.

Wir bitten

die betr. Genossen in Deutschland, uns je ein Exemplar von allen während der letzten Wahlperiode zur Vertheilung gelangten Flugblättern zu übermitteln, um das für uns hier wichtige Material unserer Bibliothek einverleiben zu können.

Der Vorstand.

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.

Sektion New-York.

Sitzung des Zentralkomitees jeden Freitag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, 104 Allen und Houston Street.

Jeden Sonntag finden Versammlungen statt. Näheres siehe „New-Yorker Volkszeitung“, besonders Freitags- und Samstags.

Schweizerische Genossenschafts-Verlagsdruckerei Dillingen-Bierich.